

FEBRUAR 2026

Schweizer Revue

Die Zeitschrift für
Auslandschweizer:innen



Platzt das Bild vom Lagerfeuer der Nation? Die Schweiz entscheidet über ihren Rundfunk

Was macht der Krieg in der Ukraine mit der Schweiz?
Über Aufrüstung und Neutralität wird intensiv gestritten

Warum ist der neue Nationalrat Rudi Berli eine Ausnahme?
Er vertritt als Einziger die Fünfte Schweiz im Parlament

Auswandern beginnt nicht am Flughafen, sondern mit der Planung.

Sie werden aus der Schweiz wegziehen?

Unsere Veranstaltung am 14. April 2026 um 17.30 Uhr in Zürich in Zusammenarbeit mit Soliswiss beantwortet Ihnen die wichtigsten Fragen.

Melden Sie sich ganz einfach über den QR-Code an:



Zürcher
Kantonalbank

**EIN STÜCK
HEIMAT
SCHENKEN!**

Unsere Sommer-
& Winterlager verbinden
junge Auslandschweizerinnen
und Auslandschweizer mit
ihrer Heimat - voller Abenteuer,
Freundschaft und einzigartiger
Erlebnisse.



Jetzt spenden
und unvergessliche
Momente ermöglichen.

4 Schwerpunkt

Der Schweizer Rundfunk steht unter Druck

9 Reportage

Auf Visite in der Schweizer Gemeinde mit der jüngsten Bevölkerung

12 Gesellschaft

Der Krieg gegen die Ukraine hinterlässt auch in der Schweiz tiefe Spuren

Immer mehr Schulen verbannen das Smartphone aus den Klassenzimmern

16 Gesehen

Eine Langzeit-Klimaausstellung, die ganz ohne Mahnfinger auskommt



Foto Danielle Liniger

Nachrichten aus Ihrer Region**19 Schweizer Zahlen**

Zahlen aus einem reichen Land, in dem der Kinderwunsch sinkt

20 Politik

Eine Volksinitiative fordert massiv mehr Geld für den Klimaschutz

Die Erbschaftssteuer für Superreiche hatte an der Urne absolut keine Chance

25 Literatur

Autorin Dorothee Elmiger heisst gleich reihenweise Literaturpreise ein

26 Porträt

Rudi Berli ist im Nationalrat der einzige Auslandschweizer

28 Aus dem Bundeshaus

Olympische Zeitmessung ist auch ein Symbol der Schweizer Zuverlässigkeit

Titelbild: Max Spring zeichnet exklusiv für die «Schweizer Revue». www.maxspring.ch

Funken und Pixel



Früher schaltete man den Fernseher ein und die ganze Schweiz schaute zu. Ob Radiosendung, Samstagabendtagsshow oder die Übertragung von Skirennen: Die SRG war unser gemeinsames Lagerfeuer. Heute flackert das Feuer zwar noch, allerdings hinter den Displays. Wir konsumieren Medien unterwegs, nebenbei und in völlig getrennten Welten.

Die aktuelle Debatte um die öffentlich-rechtliche Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) erhitzt die Gemüter. Die Initiative «200 Franken sind genug!» fordert deutlich geringere Radio- und Fernseh-Abgaben für Bürgerinnen und Bürger, doch sie würde das Budget der SRG praktisch halbieren (mehr dazu ab Seite 4). Dabei befindet sich die SRG schon jetzt im grössten Umbau ihrer Geschichte. 900 Stellen sollen verschwinden, Strukturen verschlankt, Angebote angepasst werden – mit Folgen auch für die Fünfte Schweiz.

Mitten in dieser Debatte stehen wir alle: eine Gemeinschaft, die sich nach Orientierung sehnt, während Algorithmen unsere Aufmerksamkeit zerstreuen und künstliche Intelligenzen halluzinieren. Jugendliche bewegen sich selbstverständlich in digitalen Welten, aber selten begleitet. Wie vermitteln wir ihnen eine bessere Medienkompetenz und wie schaffen wir es in dieser Flut, noch qualitativ hochwertige Inhalte zu finden?

Vielleicht ist das Lagerfeuer der Nation nicht erloschen. Heute brennt es als Podcast in der Hosentasche, als Livestream im Zug, als Hintergrundrauschen beim Kochen. Doch eines bleibt: der Wunsch nach verlässlichen Informationen und Geschichten, die uns verbinden. Genau solche hoffe ich, Ihnen künftig als Chefredaktor präsentieren zu dürfen.

Ohne die «Schweizer Revue» wäre ich nicht, wer ich bin. Als jugendlicher Auslandschweizer war sie beinahe mein einziger Kontakt zum Land meines Vaters. Umso mehr danke ich der hervorragenden Arbeit meines Vorgängers, Marc Lettau. Neu ist auch Roman Häfliger, der als Grafiker im Hintergrund das Gesicht der «Schweizer Revue» prägt. Lesen und schauen Sie seriöse Medien.

WALTER SCHMID, CHEFREDAKTOR

Herausgeberin der «Schweizer Revue»,
des Informationsmagazins für die Fünfte Schweiz,
ist die Auslandschweizer-Organisation.

**Swiss
Community**

Medienwandel und Sparzwang: Der Schweizer Rundfunk steht unter Druck

Veränderte Mediennutzung, Sparrunden, Stellenabbau: Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG), das öffentlich finanzierte Medienhaus der Schweiz, steht vor grossen Herausforderungen. Am kommenden 8. März 2026 entscheidet das Stimmvolk über eine Initiative, die das SRG-Budget halbieren könnte. Welche Folgen hätte das für das viersprachige Land und die Fünfte Schweiz?

SUSANNE WENGER

Das Wissenschaftsmagazin im Radio? Eingestellt. Das Gesellschaftsmagazin im Fernsehen? Abgesetzt. Als das Deutschschweizer Fernsehen und Radio im letzten Jahr aus Spargründen Sendungen strich, regte sich Widerstand. Forschende reichten eine Petition ein, Kulturschaffende zeigten sich besorgt. Der grösste Ärger entlud sich jedoch, als die SRG Ende 2024 frühzeitig aufhörte, über Ultrakurzwelle (UKW) zu senden, und ganz auf digital umstellte. Eine halbe Million Höre-

rinnen und Hörer wandten sich ab, wechselten zu Privatradios und ausländischen Sendern. Später beschloss das Parlament in einer Kehrtwende, UKW länger zu erlauben als geplant – worauf die SRG ihre Rückkehr zur analogen Radiowelle bekanntgab.

Mit ihren 17 Radio- und 7 Fernsehprogrammen erreicht die SRG immer noch täglich ein mehrfaches Millionenpublikum. Doch 95 Jahre nach ihrer Gründung ist sie nicht mehr so wie einst das «Lagerfeuer der Nation». Früher, ohne Internet und Streaming-

dienste, schuf die SRG zur Primetime gemeinsame Erlebnisse. Dialekthörspiele und Nachrichtensendungen am Radio wie das seit 1945 ausgestrahlte «Echo der Zeit» leerten die Strassen. Samstagsabendshows und Schweizer Serien versammelten Familien vor dem Fernseher. Heute ist die Mediennutzung fragmentiert und individuell. «Sie verschiebt sich Richtung online, mobil und nichtlinear», sagt Ulla Autenrieth, Medienwissenschaftlerin an der Fachhochschule Graubünden.

Initiative will Abgabe senken

Trotzdem bleibt die SRG eine Institution, die Emotionen weckt. 2018 scheiterte an der Urne mit über 70 Prozent Nein-Stimmen eine Volksinitiative, welche die obligatorische Medienabgabe abschaffen wollte, mit der die Schweiz einen medialen Service public finanziert. Nun nehmen die rechtskonservative Schweizerische Volkspartei (SVP), Teile der Freisinnigen (FDP) und der Gewerbeverband einen neuen Anlauf, um die SRG zurückzubinden. Ihre Initiative «200 Franken sind genug» will die Abgabe von derzeit 335 auf 200 Franken pro Haushalt senken. Unternehmen, die heute ab einer bestimmten Grösse zahlen, sollen ganz befreit werden.

Wie viel Sport kann und soll die SRG künftig noch live zeigen? Auch darüber wird vor der Abstimmung heftig diskutiert. Im Bild: Skiweltcuprennen in Wengen 2025.
Foto Keystone





Eine Berner Familie sitzt 1957 gemeinsam vor dem TV-Apparat. Heute verteilt sich der Medienkonsum auf viele unterschiedliche Plattformen, Inhalte und Zeitpunkte.
Foto Keystone

Die SRG, deren Betriebsertrag 2024 bei 1,56 Milliarden Franken lag, finanziert 80 Prozent ihres Budgets aus der Abgabe. Bei Annahme der Initiative rechnet sie mit einem Ertragsausfall von 800 Millionen, auch weil ein reduziertes Programm weniger Werbeeinnahmen brächte. Die Einnahmen würden sich halbieren. Die Gegnerinnen und Gegner der Initiative sprechen von einer «Halbierungsinitiative», während die Initiantinnen und Initianten die Berechnungen der SRG für zu pessimistisch halten. Private Lokalradios und -fernsehen, die ebenfalls Geld aus der Abgabe erhalten, verschont die Initiative.

Bundesrat kürzt selbst

Landesregierung, Parlament und Kantone lehnen die Initiative ab. Sie würde das Angebot spürbar reduzieren und negative Folgen für Volks-

wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und den ohnehin schon bedrängten Medienplatz Schweiz haben, argumentiert der Bundesrat. Dennoch kürzt er die Abgabe ab 2027 eigenmächtig: Haushalte zahlen künftig 300 Franken, 80 Prozent der Unternehmen nichts mehr. Medienminister Albert Rösti (SVP), einst Mitinitiant, sieht darin einen Mittelweg. Die Initiative gehe zu weit, der Einschnitt wäre «drastisch». Doch er habe «ein Gegenprojekt durchgebracht, das von der SRG wesentliche Einsparungen erfordert», sagte Rösti dem «Tages-Anzeiger». Die SRG müsse sich verändern, ohne private Anbieter zu verdrängen.

Umbau unter neuer Leitung

Seit November 2024 leitet Susanne Wille die SRG. Kurz nach Amtsantritt kündigte sie den grössten Umbau in der Geschichte des Unternehmens an.

«Enavant» nennt sie ihn, rätoromanisch für «vorwärts». Inzwischen sind mehr Details bekannt. Bis 2029 sollen 270 Millionen Franken eingespart werden. 900 von 5500 Stellen fallen weg, Verwaltungsstrukturen werden zentralisiert. Neben der gekürzten Abgabe belasten sinkende Werbeeinnahmen die SRG. Wie private Medienkonzerne spürt sie den Abfluss von Werbegeldern zu US-Techgiganten wie Google.

Wie sich das Sparpaket auf das Programm auswirkt, blieb unklar. Für Wille, eine ehemalige TV-Kaderfrau, ist es ein Balanceakt: Sie muss sparen, ohne jene zu verprellen, die den öffentlichen Rundfunk unterstützen und Inhalte jenseits des Quotendrucks wünschen. Sie will die SRG digitalisieren, darf online aber private Medienhäuser nicht zu stark konkurrenzieren. Immerhin einigten sich SRG und Verlegerverbände letztes Jahr: Die SRG will ihre

Stimmen aus dem Parlament

«Lassen Sie uns die personell, finanziell und machtmässig ungesund aufgeblähte SRG endlich auf ein vernünftiges Mass zurückführen.»

Thomas Matter, ZH, Nationalrat SVP

«Die Initiative würde der SRG 800 Millionen Franken entziehen. Das ist keine Kürzung, das ist ein Kahlschlag. Er würde sich in den ländlichen Regionen zeigen.»

Josef Dittli, UR, Ständerat FDP

«Schwer zu glauben, dass trotz der technologischen Fortschritte 850 Millionen nicht ausreichen, um einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk in einem Land mit 9 Millionen Einwohnern zu produzieren.»

Lorenzo Quadri, TI, Nationalrat Lega

«Die lokale Berichterstattung bis in die kleinsten Täler der Schweiz rechnet sich wirtschaftlich längst nicht mehr. Viele Redaktionen sind aus dem ländlichen Raum und den Bergregionen verschwunden. Wir brauchen die SRG als regional verankertes, viersprachiges Medienhaus.»

Christine Badertscher, BE, Nationalrätin Grüne

«Es stimmt, die SRG ist in jenen Sprachregionen wichtig, die nicht so viele Möglichkeiten für private Medien haben. Aber weshalb muss sie dann in der Deutschschweiz ein so üppiges Unterhaltungsangebot finanzieren?»

Christian Wasserfallen, BE, Nationalrat FDP

«Die Haushalte geben heute weniger als 1 Franken pro Tag aus, um Radio und Fernsehen zu nutzen. Das ist das Minimum für hochwertige Inhalte.»

Valérie Piller Carrard, FR, Nationalrätin SP

Online-Textbeiträge beschränken und sich auf audiovisuelle Inhalte konzentrieren. SRG und Private wollen enger zusammenarbeiten, etwa technologisch. Ob alles umgesetzt werden kann, ist jedoch fraglich. Die Wettbewerbskommission meldete Vorbehalte an.

Nötig oder gefährlich?

Die Abstimmung über die 200-Franken-Initiative erhöht den Druck auf die SRG. Die Befürworter argumentieren, die Gebühren seien die höchsten in Europa. Der Zürcher SVP-Nationalrat Thomas Matter sprach im Parlament von einer «SRG-Zwangssteuer», die besonders die Jungen treffe. Sie nutzten kaum noch Fernsehen und Radio. Für die Unternehmen sei die Abgabe eine «unsinnige Belastung». Die SRG solle sich auf einen «Kernauftrag» beschränken. Wie dieser aussähe, wenn 800 Millionen fehlen, bleibt offen. Der Initiativtext erwähnt nur «Radio- und Fernsehprogramme, die einen unerlässlichen Dienst für die Allgemeinheit erbringen». Heute verlangt der Verfassungsauftrag von der SRG nebst Information auch Kultur-, Bildungs- und Unterhaltungsangebote.

Die Gegner der Initiative – ein breites Bündnis aus Politikerinnen und Politikern der Mitte, der FDP, der Grünliberalen, der SP und der Grünen sowie Vertreterinnen und Vertretern der Kultur, des Sports und der Zivilgesellschaft – warnen vor weitreichenden Folgen. In Zeiten zunehmender Desinformation auf ausländischen Plattformen eine unabhängige Nachrichtenquelle zu schwächen, gefährde die Sicherheit der Schweiz. Kultur und Sport verlören eine Plattform. Und vor allem: Mit halbiertem Budget könnte die SRG ihre föderale Struktur und Viersprachigkeit nicht halten, sagte der Bündner Mitte-Nationalrat Martin Candinas

im Parlament. Wegen der Mehrsprachigkeit der Schweiz lasse sich die Medienabgabe nicht international vergleichen, betonen die Gegner.

Umverteilung zu Sprachminderheiten

Die SRG produziert mit SRF (deutsch), RTS (französisch), RSI (italienisch) und RTR (rätoromanisch) Inhalte für die vier Sprachregionen, und mit Swissinfo (SWI) auch für das Ausland (siehe Zweittext). Ein interner Finanzausgleich sichert die Versorgung der sprachlichen Minderheiten: 2024 flossen von den 930 Millionen Franken, die der Deutschschweizer Unternehmensbereich aus der Medienabgabe einnahm, 235 Millionen ins Tessin, 115 Millionen in die Romandie und 20 Millionen zu den Rätoromanen.

Mit halbem Budget müsste die SRG die meisten ihrer Regionalstudios schliessen, schreibt die Medienstelle. Heute betreibt sie 7 Haupt- und 17 Regionalstudios. Die Berichterstattung würde stärker aus den Zentren heraus erfolgen: «Es gäbe deutlich weniger Regionaljournalismus.» Werden die News

Bundesrat Paul Chaudet (1955-1966) vor dem Mikrophon eines Journalisten von Schweizer Radio International.

Foto Archiv Swissinfo/zvg



Auslandsangebot Swissinfo vor ungewisser Zukunft

fürs Tessin also bald in Zürich gemacht? Die Initianten halten diese Warnungen für übertrieben. Die mediale Grundversorgung der Minderheiten sei nicht gefährdet, der Finanzausgleich bleibe gemäss Initiative erhalten, schreibt das Ja-Komitee. Es seien weiterhin «gleich- und hochwertige» Sendungen möglich.

«Gemeinsamer medialer Raum»

Doch Medienwissenschaftlerin Ulla Autenrieth sieht die «strukturelle Realität»: In der Schweiz entstehen Service-public-Inhalte nicht für einen homogenen nationalen Markt, sondern für mehrere sprachlich, kulturell und regional differenzierte Öffentlichkeiten: «Was in anderen Ländern als Skaleneffekt wirkt, muss bei uns mehrfach produziert werden.» Mit so viel weniger Geld müsste die SRG ihr Angebot zwangsläufig reduzieren. «Die Idee eines gemeinsamen medialen Raums lebt jedoch von der Vielfalt», sagt sie.

Trotz fragmentierter Mediennutzung bleibt das Bedürfnis nach gemeinsamen Orientierungspunkten, so Autenrieth. Jüngere – und auch Eltern für ihre Kinder – wollen verlässliche Inhalte, das zeige die Forschung. Hier könne der öffentliche Rundfunk seine Kernstärke ausspielen, wenn er dorthin gehe, wo die Aufmerksamkeit sei: «Viele Junge nutzen SRG-Inhalte über Play-Plattformen, Social Media oder Podcasts.» Ein zeitgemässer Service public müsse digital und flexibel sein. Gemeinsame Medienerlebnisse entstünden heute nicht mehr an einem einzigen «Lagerfeuer», sondern in vielen Formen – von Live-Events wie der Fussball-EM der Frauen letztes Jahr bis zu Mitmach-Formaten. Wenn die SRG diese Logik ernst nehme, könne sie weiterhin verbindend wirken.

Der Beitrag gibt den Stand der Dinge bei Redaktionsschluss – 18. Dezember 2025 – wieder. Weitere historische Bilder zur SRG sind in unserer Online-Ausgabe zu finden: www.revue.ch

Wenn politische Entscheide der SRG Gelder entziehen, trifft das auch ihre internationalen Angebote: Swissinfo, tvsvizzera.it und Partnerschaften mit Sendern wie TV5MONDE für die französischsprachige Welt oder 3sat im deutschsprachigen Raum. Swissinfo berichtet online in zehn Sprachen über die Schweiz und trat 2001 die Nachfolge des legendären Schweizer Radio International an. Die Plattform richtet sich – wie die von der Auslandschweizer-Organisation (ASO) herausgegebene «Schweizer Revue» – an die über 826 000 im Ausland lebenden Schweizerinnen und Schweizer. Swissinfo versteht sich überdies als «Stimme der Schweiz in der Welt».

Doch die Landesregierung plant, im Rahmen eines Sparpakets den jährlichen Bundesbeitrag von knapp 19 Millionen Franken für das Auslandsmandat zu streichen. Bisher teilen sich SRG und Bund die Kosten, ab 2027 will der Bund aussteigen. Damit wird Swissinfo in der jetzigen Form gefährdet. Verschiedene Organisationen, darunter die ASO, fordern das Parlament in einer Petition auf, die Bundesmittel zu sichern. Swissinfo sei eine ausgewogene, mehrsprachige Informationsquelle für Auslandschweizer und stärke deren politische Rechte.

Der Ständerat, die kleine Parlamentskammer, widersetzte sich in der Wintersession 2025 der Regierung und sprach sich für den Erhalt des Bundesbeitrags aus. Die Schweiz könne es sich nicht leisten, auf dieses «Schau Fenster» in der Welt zu verzichten, befand die knappe Mehrheit. Die Befürworter der Streichung argumentierten, Informationen über die Schweiz seien heute auch anderweitig verfügbar. Wolle die SRG das heutige Auslandsangebot erhalten, müsse sie Mittel «umschichten», sagte Finanzministerin

Swissinfo berichtet heute in zehn Sprachen, darunter Spanisch. Ob das so bleibt, hängt stark von politischen Entscheiden ab.
Foto Roman Häfliger



Karin Keller-Sutter. Der Nationalrat, die grosse Kammer, entscheidet in der Session vom 2. bis 20. März 2026.

Am 8. März stimmt zudem das Volk über die SRG-Initiative der SVP ab, die die Medienabgabe – die zweite Finanzierungsquelle von Swissinfo – stark kürzen will (siehe Haupttext). Im Initiativkomitee sitzt der Walliser SVP-National Jean-Luc Addor, Mitglied der «Parlamentarischen Gruppe Auslandschweizer:innen». Für ihn gehört das Auslandsmandat zum «Grundauftrag» der SRG. Schon vor einem Jahr sagte er der «Schweizer Revue»: «Hände weg von Swissinfo.» Eine Sprecherin bestätigte auf Anfrage, dass dies die Haltung des Komitees sei: «Das Angebot ist Teil des Service-public-Auftrags der SRG. Das soll so bleiben.» Die Gegner warnen aber, mit der Initiative bliebe nur noch ein «amputierter» Service public übrig. Auch die ASO befürchtet negative Folgen für die Information der Fünften Schweiz.

Für Swissinfo-Direktorin Larissa Bieler ist das Auslandsmandat «seit 1935 eine unverzichtbare Brücke für Auslandschweizerinnen und -schweizer zur Heimat». Ohne dieses Angebot verliere die Schweiz international an Sichtbarkeit und Verständnis. Aufhören liess im November die Meldung, dass Bieler Ende März 2026 aus der SRG-Geschäftsleitung ausscheidet. Die SRG begründete diesen Schritt mit einer im Zuge der Sparmassnahmen verkleinerten Geschäftsleitung. (SWE)

Peter Lyner



Die Arbeit in einer Bäckerei sei eng getaktet, sagt Peter Lyner, der in Winterthur einen Familienbetrieb führt: «Man kann Brote nicht einfach etwas länger im Ofen lassen.» Das nächste Blech müsse jeweils rechtzeitig bereit sein; die Produktionsräume gelte es optimal auszulasten. Aber als Bäcker sei man den Umgang mit Druck gewohnt, sagt der 60-Jährige: «In Krisen laufen wir zu Hochform auf.» Peter Lyner betreibt die gleichnamige Bäckerei und Konditorei in vierter Generation. Einen anderen Beruf zog er nie in Betracht: «Es ist schön und spannend, ein Grundnahrungsmittel herzustellen.» Zudem arbeite er gerne mit Menschen zusammen und schätze es, unternehmerisch tätig zu sein: «Man muss Zusammenhänge verstehen und vorausschauend handeln.» Nach der Pandemie, hohen Stromkosten sowie Engpässen auf dem Getreidemarkt sehen sich Bäcker:innen mit der Tiefpreisschlacht der Discounter konfrontiert. Aldi bietet ein «Pfänderli» zurzeit für 99 Rappen an. «Das deckt die realen Kosten kaum», kritisiert Peter Lyner. Der Preis sei vielmehr ein «Marketing-Gag, um die Leute in die Läden zu locken». Er selbst passt das Geschäft seiner Vorfahren laufend den sich ändernden Bedingungen an. Er hat es um drei zusätzliche Standorte erweitert und betreibt seit 2020 auch ein Café. Aktuell beschäftigt er 53 Mitarbeitende sowie 13 Lernende. Aber noch immer gilt: «Wir machen alles von Hand.» Anders als die Grossverteiler mit ihren industriell gefertigten Billigbrotten, verfolge er eine langfristige Strategie. Er setze auf Qualität – und die habe ihren Preis. Ein «Eschenbergbrot» geht bei ihm für 4.90 über den Ladentisch, ein Gipfeli kostet 1.60. «Man muss seine Preise kennen und durchsetzen», sagt Lyner und kommt zum Schluss: Nur Bäckereien mit einem klaren Konzept überlebten.

EVELINE RUTZ

Guy Parmelin präsidiert 2026 den Bundesrat

Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) präsidiert 2026 den Bundesrat. Parmelin erhielt bereits vor seiner Wahl viel Applaus, denn es glückte ihm im November 2025, mit den USA eine Senkung der exorbitanten Warenzölle auszuhandeln. Bei der Wahl vom 10. Dezember 2025 durch die vereinigte Bundesversammlung erhielt Parmelin 203 von 210 gültigen Stimmen. Das Spitzenergebnis bedeutet auch, dass der rechtsbürgerliche Waadtländer auch bei den Parteien des linken Spektrums viel Rückhalt geniesst. Parmelin präsidiert den Bundesrat zum zweiten Mal. Er hatte dieses höchste Amt bereits 2021 inne. (MUL)

US-Zölle: Jetzt 15 statt 39 Prozent

Die Schweizer Exportindustrie wirkte nach dem Entscheid der Administration Trump, Schweizer Exporte in die USA mit 39 Prozent Zoll zu belasten, paralysiert. Nach intensiven Verhandlungen erwirkte die Schweiz im November 2025 die Senkung dieser Strafzölle auf 15 Prozent. Was als «grosse Erleichterung» beklatscht wurde, lässt etwas vergessen, dass sich auch die nun tieferen Strafzölle negativ auf den Schweizer Aussenhandel und die Konsument:innen in den USA auswirken. Eine Episode gibt zudem zu reden: Schweizer Wirtschaftsvertreter hatten Donald Trump bei einer Audienz – nebst anderem – einen Goldbarren im Wert von über 100 000 Franken überreicht. Dies sei ein unwürdiges, unterwürfiges und an Korruption grenzendes Verhalten, lautet die schweizweit geäußerte Kritik. (MUL)

Schweiz lockert Waffenexporte

Nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine pochte die Schweiz auf ihre strengen Exportregeln für Kriegsgüter: Auch bereits vor Jahren nach Deutschland exportiertes Kriegsgerät durfte von dort nicht an die Ukraine weitergereicht werden. In der Dezembersession 2025 hat das Parlament nun aber eine Lockerung der Exportbestimmungen beschlossen: Schweizer Rüstungsbetriebe sollen künftig selbst während bewaffneten Konflikten Kriegsmaterial an ausgewählte westliche Länder liefern dürfen. Der Entscheid stützt primär die Schweizer Rüstungsindustrie. Exporte in die Ukraine werden durch die Lockerung nicht ermöglicht. Vermutlich wird sich das Volk zur Sache äussern können: Eine breite Allianz linker Parteien hat ein Referendum angekündigt. (MUL)

Femizid-Entscheid löst wichtigen Protest aus

In der Schweiz ist die Zahl der Gewaltverbrechen gegen Frauen hoch, auch in internationalem Vergleich. Die Bundesbehörde spricht von einer «alarmierenden Anzahl Femizide in der Schweiz». Gleichwohl entschied sich im Dezember der Nationalrat zunächst gegen mehr Geld zur Prävention von Gewalt an Frauen. Die Reaktion der Bevölkerung war wichtig: Innert 24 Stunden unterzeichneten über 250 000 Menschen eine Onlinepetition und eine E-Mail-Flut führte im Bundeshaus zu grösseren IT-Problemen. Der Ständerat hiess daraufhin den Zusatzkredit gut. Und auch der Nationalrat stimmte im zweiten Anlauf zu. (MUL)



Das Studentenwohnheim «Vortex» ist ein Grund für das sehr tiefe Durchschnittsalter in der Gemeinde: Hier leben 1000 Studierende. Foto Keystone

Die jüngste Gemeinde der Schweiz ist ein sehr urbaner Vorort von Lausanne

Mit einem Durchschnittsalter von 34,4 Jahren ist Chavannes-près-Renens (VD) unweit von Lausanne die Schweizer Gemeinde mit der jüngsten Bevölkerung. Sie zieht Menschen aus aller Welt an. Und das Thema Lebensqualität ist ihr zentrales Anliegen.

STÉPHANE HERZOG

In der Schweiz ist das Städtchen Renens als Eisenbahnknotenpunkt weit hin bekannt. Doch wer kennt Chavannes-près-Renens? Diese Gemeinde liegt in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs von Renens – und hat die schweizweit jüngste Bevölkerung. Beim Besuch vor Ort fällt als Allererstes die Bahnhofskapelle auf. Dort soll bald auch eine Buchhandlung und ein Literaturcafé entstehen, erklärt Gemeindepräsidentin Loubna Laabar. Unweit davon sieht man die «Citadelle», ein Mehrfamilienhaus aus den 1960er-Jahren. Einer seiner Eingänge und etlicher Wohnungen liegen bereits in der Nachbargemeinde Ecublens, wo auch die Hochschule EPFL situiert ist.

Kontinuierliches Wachstum

In Chavannes leben Menschen zahlreicher Nationalitäten. Im Jahr 2000 zählte die Gemeinde 6000 Einwoh-

nende und 2025 erlangte sie mit bereits 10000 Einwohnenden den Status als Stadt. Die Zuwanderinnen und Zuwanderer stammen überwiegend aus Europa. Inzwischen leben hier Menschen aus über 110 Nationen. 56 Prozent der Bevölkerung stammen aus dem Ausland. 40 Prozent sind zwischen 20 und 39 Jahre alt.

Für das Wachstum gibt es zwei Gründe: Einer davon ist das Wohnraumangebot für Studierende. Im «Vortex», einem runden Gebäude unweit der EPFL, wohnen mehr als 1000 der rund 2000 dort Studierenden. Der andere Grund ist die erwähnte Zuwanderung. «Zwischen 2015 und 2035 dürften 40000 Menschen in den Westen von Lausanne ziehen. Das entspräche einem Bevölkerungszuwachs von 50 Prozent, für die Schweiz ein enormer Wert», sagt Benoît Biéler, Direktor von SDOL (Stratégie et développement de l'Ouest lausannois). Und wer nach Chavannes zieht, ist oft im Lebensabschnitt der Familiengrün-

dung. Entsprechend hoch die Geburtenrate: «Sie haben immer noch den Mut, Kinder zu bekommen», sagt die Gemeindepräsidentin.

Eine Stadt ohne Zentrum

Ein klar erkennbares Zentrum ist in Chavannes nicht zu finden. Der Ort erstreckt sich über ein Gebiet, das von Verkehrsachsen, einer U-Bahn-Linie und einer Autobahn durchzogen ist. Es gibt aber auch kleine Wälder und ein riesiges Sportgelände, das der Stadt Lausanne gehört. Die Entwicklung von Chavannes ist letztlich das Resultat der wachsenden Bedeutung des Eisenbahnknotens Renens: Die Gemeinde steckte stets in der Kluft zwischen dem Eisenbahn- und Industriegebiet im Norden und den Gemüseanbaugeländen im Süden. «Früher prügeln sich die Hinterwäldler aus dem Süden mit den Halbstarken aus dem Norden», schrieb Christian Vernez, ein Lehrer aus der Gegend. Aus



Höher, weiter, schneller, schöner? Auf der Suche nach den etwas anderen Schweizer Rekorden.

Heute: die Schweizer Gemeinde mit dem niedrigsten Durchschnittsalter.

Chavannes-près-Renens ist die Schweizer Gemeinde mit dem niedrigsten Durchschnittsalter, nämlich 34,4 Jahre.

Auch das weitere Umfeld ist jung. Im Bezirk West-Lausanne liegt der Durchschnitt bei 38,5 Jahren, im Kanton Waadt bei 40,6 Jahren.

diesem Werk über Chavannes zitiert auch der heutige Stadtrat Eduardo Camacho-Hübner gerne. Der französisch-bolivianische Ingenieur kam 1993 als Student an die EPFL und liess sich dann in der Region nieder. Von seiner früheren Wohnung aus blickte er auf ein wichtiges Gebäude aus der industriellen Vergangenheit der Gemeinde: die 1925 eröffnete Perrier-Fabrik, die lange für die «Têtes de nègre Perrier» (Mohrenköpfe) genannten Süssigkeiten bekannt war – eine Bezeichnung, die inzwischen tabu ist. Im Gegensatz zu anderen Industriegebieten im Westen von Lausanne, die dem Gewerbe oder Wohnimmobilien weichen mussten, wurde die Perrier-Fabrik in ein Handwerks- und Kulturzentrum umgewandelt.

Eine wachsende internationale Bevölkerung

In Chavannes wird wie wild gebaut. Ein besonders gewagtes Projekt ist das 36-stöckige, begrünte Hochhaus im Stadtteil Les Cèdres. Dereinst sollen hier 1700 Menschen Wohnraum finden. Andernorts in der Gemeinde ist zudem ein Gesundheitscampus geplant, der 4000 Studierende beherbergen soll. Die möglichen Erklärun-

gen für die Beliebtheit von Chavannes als Wohnort: Die Gemeinde ist sehr gut angebunden; sie liegt unweit von Lausanne und nahe am Genfersee – und bietet trotzdem bezahlbaren Wohnraum.

Der Bauboom in Chavannes folgt letztlich den Zielen des Bundesgesetzes über die Raumplanung. Dieses will, dass die urbane Entwicklung vor allem entlang bestehenden Verkehrsachsen erfolgt. «Der vorgegebene hohe Ausnutzungskoeffizient setzt uns stark unter Druck», sagt Gemeindepräsidentin Loubna Laabar. Die starke bauliche Entwicklung der Gemeinde ziehe den Ausbau der Infrastruktur nach sich, zum Beispiel bei der Wasserversorgung, dem Verkehrsnetz, den Schulen und öffentlichen Einrichtungen. Laabar sagt, das sei

eine echte Herausforderung für eine so kleine Gemeinde mit ihrer recht tiefen Zahl an Steuerzahlenden: In Chavannes leben viele Studierende, aber kaum wohlhabende Steuerzahlende. Allerdings schwächt der gemeindeübergreifende Finanzausgleich das finanzielle Ungleichgewicht etwas

Die Lebensqualität in der von Wachstum geprägten Gemeinde erhalten: Das ist eines der Hauptanliegen von Gemeindepräsidentin Loubna Laabar.

Foto Stéphane Herzog



ab. Was die Gemeindepräsidentin der Herausforderungen zum Trotz sagt: Die Gemeinde wolle auf jeden Fall die Lebensqualität vor Ort erhalten.

Eine Autobahn – mit Tempo 60 km/h

So will die Gemeinde etwa das Tempo auf sechs ihrer Strassen auf 30 km/h beschränken. Bei vier davon wurden diese Pläne bereits umgesetzt. Kürzlich beschloss sie zudem, eine Vereinbarung mit dem Bundesamt für Strassen und dem Kanton Waadt über den Bau einer Autobahnauffahrt in Chavannes aufzulösen. Es stellte sich nämlich heraus, dass es auf dieser Strecke weniger Verkehr hat als erwartet. Die Gemeinde machte daraufhin den Vorschlag, auf den Autobahnanschluss zu verzichten, die Fahrspuren zu redimensionieren und die Geschwindigkeit auf 60 km/h zu reduzieren. «Der geplante Autobahnanschluss



Oft zieht es Studierende in die Gemeinde (wie hier, in dieses «Vortex»-Studio). Der bezahlbare Wohnraum zieht aber ganz generell neue Bürgerinnen und Bürger an. Foto Keystone



Die Chavannes grenzt urbane Dichte direkt an die weite Landschaft am Genferseebecken. Im Hintergrund die Alpenkette.
Foto Keystone

war unsinnig, denn Chavannes ist kein Verkehrsknotenpunkt und hat die niedrigste Motorisierungsrate im ganzen Kanton Waadt», sagt die Gemeindepräsidentin. Gleichzeitig weist sie auf die damit einhergehende Lärmbelastung hin, von der viele Quartiere betroffen sind.

Doch wie lebt es sich in dieser Gemeinde? Lisa Bonard betreibt das «Café de Chavannes» im Herzen des ehemaligen Dorfes. Sie träumt von festlichen Veranstaltungen, neuen Bars, einem Kino und einem zentralen Platz. «Es werden überall grosse

Mehrfamilienhäuser gebaut, aber in Wirklichkeit lebt die Bevölkerung ihr Leben ganz woanders», sagt sie. Tatsächlich dient ihr Restaurant ein wenig als öffentlicher Treffpunkt. Eine bunte Mischung aus verschiedenen Bevölkerungsgruppen kommt hierher: Studierende, Lehrkräfte und Arbeitskräfte. Die Lausannerin ist sehr engagiert: Sie hat einen Kunst- und Kreativmarkt ins Leben gerufen. Zudem hat sie die Degustation von Naturweinen und kreative Menüs im Angebot. Zu entdecken gibt es zum Beispiel ein hausgemachtes Cordon bleu mit

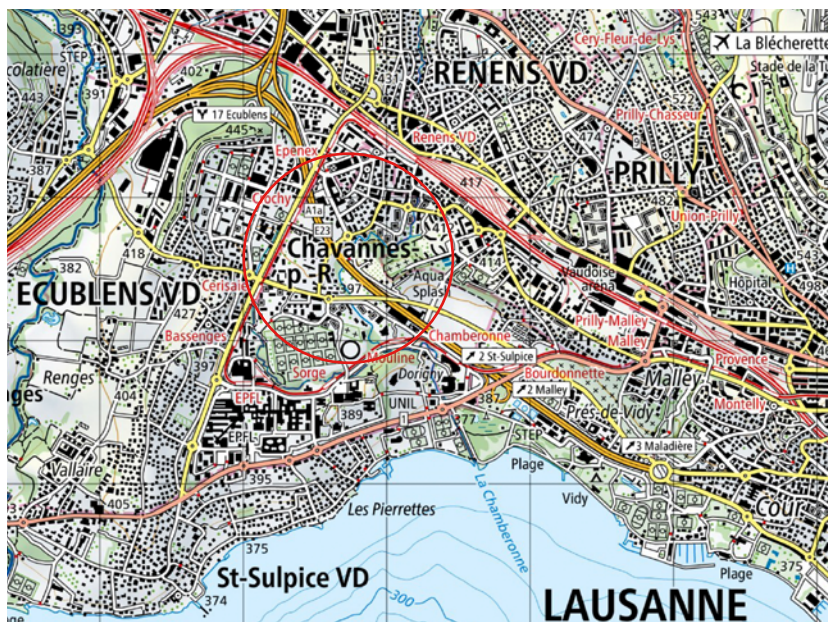
Käsesauce und Pickles. All dies zieht Gäste aus der ganzen Region an.

Der Wunsch nach einem öffentlichen Treffpunkt

Die Gemeinde ist sich dieses Bedarfs durchaus bewusst. Deshalb bietet sie den Einwohnerinnen und Einwohnern verschiedene Aktivitäten an: zum Beispiel einwöchige Ferienlager für nur 100 Franken, an denen jedes Mal etwa hundert Kinder teilnehmen. Doch die Gemeinde bemüht sich auch weiterhin um neue stadtplanerische Lösungen.



Er kam als Student, blieb hier hängen und politisiert heute im Stadtrat mit: Eduardo Camacho-Hübner.
Foto Stéphane Herzog



gen. So hat Chavannes bereits 10 Millionen Franken in den Bau einer Velo- und Fussgängerbrücke investiert, die über die Autobahn führt und den Bahnhofplatz mit dem Quartier Les Cèdres verbindet. «Damit rücken die Gebiete zwischen dem nördlichen und dem südlichen Ortsteil wieder näher zueinander», sagt Loubna Laabar. Die Gemeinde beabsichtigt zudem, beim geplanten turmartigen Hochhaus einen grossen, öffentlichen Platz anzulegen und so die Lebensqualität weiter zu heben. «Chavannes ist ein Ort mit besonderem Charakter, an dem es sich wirklich gut leben lässt»: So lautet das Fazit der SP-Politikerin, die ursprünglich aus Marokko stammt und 2008 hierherzog.

Die flächenmässig recht kleine Gemeinde Chavannes-près-Renens liegt im Grossraum Lausanne, der als ganzer von starkem Wachstum geprägt ist. swisstopo

Was der Krieg in der Ukraine mit der Schweiz macht

Der Krieg in der Ukraine lässt die Schweiz auch nach vier Jahren nicht unberührt. Es wird intensiv gestritten über Aufrüstung und Neutralität, die Armee geniesst wieder mehr Rückhalt und der Flüchtlingsstrom aus dem Kriegsland hat zu einer Verhärtung der Schweizer Asylpolitik geführt.

CHRISTOF FORSTER

Mitte Februar 2022 hat der Bundesrat die letzten Corona-Massnahmen aufgehoben. Nur gut eine Woche später ist die Regierung erneut stark gefordert. Allerdings tut sich der Bundesrat anfänglich schwer, gleich wieder in den Krisenmodus zu wechseln. Bundespräsident Ignazio Cassis redet nach dem russischen Angriff auf die Ukraine vor den Medien von einem «traurigen Tag» und spricht vage von Sanktionen. Tags darauf tritt die Regierung wieder auf, dieses Mal zu dritt und erneut ist noch keine klare Linie erkennbar. Derweil beschäftigen die erschütternden Bilder aus der Ukraine die Menschen in der Schweiz, an verschiedenen Orten gibt es Proteste gegen den Krieg.

In Europa nach dem Kalten Krieg und den Verwerfungen auf dem Balkan in den 1990er-Jahren hat man sich an den Frieden gewöhnt. Seit 2014 gab es zwar Kämpfe im Osten der Ukraine. Dass Konflikte auch mit Waffen ausgetragen werden können, gelangt aber erst mit dem gross angelegten russischen Angriff auf Kiew ins Bewusstsein der Menschen in der Schweiz. Handfest sind die Folgen in

Form eines grossen Flüchtlingsstroms aus der Ukraine, der auch die Schweiz erreicht. Bald sind vermehrt Autos mit dem Kennzeichen UA auf hiesigen Strassen unterwegs und gelb-blaue Ukraine-Fahnen an Fassaden zu sehen. Die Bevölkerung zeigt sich solidarisch, das Militär erhält mehr Geld und das Parlament diskutiert, ob es den Soldaten wieder eine Packung Munition mit nach Hause geben soll – auch das eine Folge der durch den Krieg veränderten Sicherheitslage in Europa.

Epische Diskussion über die Neutralität

Mit der Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland eröffnet der Bundesrat eine epische Diskussion über die Neutralität der Schweiz, die bis heute anhält. Bald schon kündigt alt Bundesrat Christoph Blocher (SVP) eine Volksinitiative an. Wirtschaftssanktionen bezeichnet er als Kriegsmittel. Einem Aggressor in die Hände zu spielen, sei nicht neutral, entgegnet Cassis. Die Initiative will eine strikte Auslegung der Neutralität. Zudem soll die Schweiz



Im Schweizer Alltag sind die geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainer meist weitgehend unsichtbar – mit Ausnahmen, wie hier an einem Protest gegen die russische Invasion in Zürich. Archivbild Keystone, Februar 2025

nicht mehr Sanktionen gegen kriegführende Staaten verhängen können – die einzige Ausnahme wären UNO-Sanktionen.

Und wie hat der Ukraine-Krieg die Einstellung der Schweizer Bevölkerung zu Neutralität und Armee verändert? Die Neutralität stösst im Grundsatz weiterhin auf grosse Akzeptanz, wie aus der jährlichen Sicherheitsstudie der ETH Zürich hervorgeht.

Rund 90 Prozent befürworten deren Beibehaltung. Gleichzeitig sind 28 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die Schweiz – trotz Neutralität – auch bei militärischen Konflikten klar Stellung beziehen sollte. Diese Zustimmung liegt nach Ausbruch des Ukraine-Kriegs deutlich über dem Mittel der Jahre zuvor. Und 70 Prozent finden es richtig, dass die Schweiz die Sanktionen gegen Russland mitträgt.

Hubert Annen arbeitet seit rund 30 Jahren an der Militärakademie der ETH Zürich als Dozent für Militärpsychologie. Seine Tätigkeit habe in seinem privaten Umfeld lange Skepsis bis Ablehnung ausgelöst, sagt Annen. Oft habe er sich erklären oder gar rechtfertigen müssen. Mit dem Ukraine-Krieg hat sich dies geändert. «Dass es eine Armee braucht und auch Fachleute, die sich um die mentale Gesundheit von Soldaten kümmern, ist nun für die meisten unbestritten», sagt Annen.

Die ETH misst auch den Einfluss des Krieges auf die Stimmung in der Bevölkerung. Als grösste Bedrohung werden nun Kriege und Konflikte gesehen. Noch nie in den vergangenen 35 Jahren sind derart viele Stimmberechtigte der Meinung, dass die Schweiz für die Verteidigung zu wenig Geld ausgibt. Mit 82 Prozent befürworten deutlich mehr der Befragten die Notwendigkeit der Armee. Und noch etwas hat sich verändert: Wie bei früheren Konflikten ist auch jetzt die Bereitschaft in der Bevölkerung erhöht, sich der Nato anzunähern. Eine knappe Mehrheit ist dafür, wie die jährlich durchgeführten Umfragen der ETH zur Sicherheit zeigen.

Das grössere Verständnis für die Armee kontrastiert aber laut Annen mit einem weitgehend ausbleibenden Tatbeweis. Die grosse Mehrheit sei nicht bereit, den Preis in Form von beispielsweise höheren Steuern oder einem zusätzlichen Engagement zu bezahlen.

Kritik aus dem Ausland

Druck von aussen auf die Schweiz und den Bundesrat kommt vor allem von europäischen Staaten, die gerne ihre von Schweizer Firmen gekauften Waffen und Munition an die Ukraine weiterliefern wollen und vom Bundesrat daran gehindert werden. Sie kritisieren die strikte Auslegung der Neutralitätspolitik und drohen, künftig nicht mehr bei Schweizer Rüstungsfirmen einzukaufen. Dies wiederum ruft die Politik auf den Plan. Das Parlament will die kurz vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs beschlossenen Verschärfungen beim Kriegsmaterialexport bereits wieder lockern. Für

den ehemaligen Grünen-Nationalrat und Friedensaktivisten Jo Lang sind das Nebelpetarden. Waffenlieferungen via Drittstaaten seien rechtlich unmöglich und militärisch völlig marginal. «Vielmehr sollte die Schweiz darüber diskutieren, wie sie via Rohstofffirmen Putins Kriegskasse gefüllt und mit der Lieferung von Spezialmaschinen zur Waffenproduktion beigetragen hat.» Weil Russland die Ukraine mit vielen Geldern und dank wichtigen Gütern aus der Schweiz zerstöre, sei die Schweiz besonders verpflichtet, der Ukraine finanziell zu helfen. Doch hier gehört die Schweiz – gemessen an der Wirtschaftskraft – zu den Schlusslichtern in Europa.

Es sind bürgerliche Parlamentarier, die den Ukraine-Krieg zum Anlass nehmen, um mehr Geld für die Armee zu fordern – und sie haben damit Erfolg. Das Parlament erhöht das Budget für das Militär und kürzt die Mittel für die internationale Zusammenarbeit. Die Linke wirft den Bürgerlichen vor, den Krieg für innenpolitische Militärpropaganda zu missbrauchen. Um die Aufrüstung mit Milliardenbeträgen zu finanzieren, will nun das Verteidigungsdepartement laut Medienberichten offenbar die Mehrwertsteuer erhöhen. Es sollen längerfristig bedeutend mehr Mittel in die Armee fliessen – auch das eine Folge des Ukraine-Kriegs.

Erfolgreiche Integration

Fernab der Politik zeigt sich die Schweizer Bevölkerung solidarisch und engagiert gegenüber den in die Schweiz geflüchteten Ukrainerinnen und Ukrainern. Man hilft mit Deutschkursen, Behördengängen und der Bereitstellung von Wohnraum. In den ersten drei Monaten sind 80 Prozent der Geflüchteten privat untergebracht. Die Schweiz habe den starken Anstieg gut bewältigt, sagt Miriam Behrens, Direktorin der Schweizer Flüchtlingshilfe, im Rückblick. Statt 20 000 hatte das System nun plötzlich 100 000 Schutzsuchende zu bewältigen. Es laufe stabil, komme aber an seine Grenze. Das drückt sich laut Behrens über kritische Äusserungen von Behördenvertretern aus, die dann von der Politik übernommen würden und den öffentlichen Diskurs prägten. «Dies hat den Boden bereitet für zahlreiche Verschärfungen, nicht nur beim Schutzstatus S, sondern auch im Asylwesen», sagt Behrens und beklagt: ««Anything goes» ist derzeit das Motto.»

Stolz könne die Schweiz jedoch darauf sein, dass die Erwerbsquote von jenen Menschen, die 2022 in die Schweiz kamen, 45 Prozent betrage, sagt Behrens. Die Schweiz könne sich das nicht genug hoch anrechnen.

Ungeachtet der Spuren, die der Ukraine-Krieg in der Schweiz hinterlassen hat, sind die Ukrainerinnen und Ukrainer im Alltag weitgehend unsichtbar.

Ukraine-Schwerpunkt der «Revue» vom Juli 2022:
www.revue.link/ukraine2022

Soll das Smartphone zu Hause bleiben?

Klare Regeln oder gar ein generelles Verbot von Smartphones in Schulen: Diese politische Forderung wird auch in der Schweiz immer öfters gestellt. Gleichzeitig wird die Frage nach einem Social-Media-Verbot für Minderjährige gestellt.

DENISE LACHAT

Smartphones wurden nicht für Kinder entwickelt – aber sie haben das Wesen der Kindheit innert kürzester Zeit verändert: So lautet die Feststellung der internationalen Elternbewegung «Smartphone Free Childhood». Darin haben sich Eltern zusammengeschlossen mit dem Ziel, das Smartphone möglichst lange von Kindern fernzuhalten. Ihr Argument: Kinder würden in eine digitale Welt hineingezogen, die darauf ausgelegt sei, sie süchtig zu machen. Dass diese Sucht tiefgreifende Auswirkungen auf die Entwicklung, die psychische Gesundheit und die Beziehungen unter den Kindern hat, beschreiben diverse Studien. Insbesondere die amerikanischen Forscher Jonathan Haidt und Jean Marie Twenge stellen fest, dass seit der Einführung von Smartphones die Raten von Depressionen, Angstzuständen und Selbstmordgedanken bei Jugendlichen deutlich angestiegen seien, während gleichzeitig die Konzentrations- und Lernfähigkeit von Kindern massiv abgenommen habe.

Verbote im Trend

Verschiedene Länder reagieren mit Verboten. Italien und Frankreich haben das Smartphone bereits vor Jahren aus der Schule verbannt, Anfang 2024 handelten auch die Niederlande. Und im Herbst 2025 zog das am stärksten digitalisierte Land Europas nach: Dänemark, wo die Kinder bereits bei Schuleintritt Tablets erhalten, verbietet Schülerinnen und Schülern, ihr Smartphone in die Schule mitzubringen. Das Argument ist überall dasselbe. Während Computer und Tablets für den Unterricht eingesetzt werden können und sollen, stören private Smartphones die Konzentration und die Ruhe im Klassenzimmer und schaden dem Gemeinschaftsgefühl.



In der föderalen Schweiz, in der die Bildungshoheit nicht beim Bund, sondern bei den Kantonen liegt, gleicht die Situation einem Flickenteppich. Der politische Trend geht aber ebenfalls in Richtung Verbot. Die Waadt und das Tessin haben Handys, wie man die Geräte in der Deutschschweiz oft nennt, an Schulen schon vor längerer Zeit verboten. Seit diesem Schuljahr gehören auch Nidwalden, Wallis, Aargau und Neuenburg dazu. Vergleichbare Vorstösse gibt es in Zug und im Thurgau, in anderen Kantonen wird ein Verbot teilweise nur mit dem Hinweis auf die Zuständigkeit der einzelnen Gemeinden ab-

Im Wallis sind Mobiltelefone im Schulzimmer bereits Vergangenheit: Schülerinnen deponieren in der Schule ihr Gerät in der «Handy-Garage».

Foto Keystone

gelehnt. Viele Schulen kennen Regelungen, aber oft, ohne explizit zu verbieten, ihr Handy mit in die Schule zu nehmen. So müssen Schülerinnen und Schüler die Handys beispielsweise vor Unterrichtsbeginn an einem sicheren Ort deponieren. Je nachdem bleiben diese auch während der Pausen dort. Sicher ist: Verbote werden unabhängig von der politischen Couleur gefordert. Zudem wissen deren Verfechter eine klare Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hinter sich. Gemäss einer Studie des Schweizer Forschungsinstituts Sotomo sprechen sich rund 80 Prozent der Schülerinnen und Schweizer für ein Handyver-

Smartphones stören im Klassenzimmer. Aber sie sind auch Teil der Lebensrealität der Kinder. **Selbst die Fahrkarte für den Bus befindet sich oft auf dem Smartphone.**

bot an der Schule aus. Auf nationaler Ebene ist die Schweiz vorderhand noch weit von einem Gesetz entfernt. Allerdings muss sich der Bund auf Verlangen des eidgenössischen Parlaments mit der Thematik auseinandersetzen. Dieses hat zwei fast gleichlautende Vorstösse von grünen Ständerätinnen gutgeheissen, die vom Bund einen Bericht verlangen. Dieser soll aufzeigen, wie der Staat Kinder und Jugendliche vor übermässigem und schädlichem Konsum von Social Media schützen kann, und was er von einem Smartphone-Verbot an Schulen hält. Begründet werden die Vorstösse notabene mit dem Hinweis auf die eingangs erwähnten Studien.

Kompetenzen fördern

Doch was halten Schweizer Lehrkräfte, Schulleitungen und Experten für Jugendfragen von einem Handyverbot an Schulen? In einem Wort: wenig. Der Dachverband der Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) wies 2024 darauf hin, dass die Studien zum Thema ein uneinheitliches Bild zeigten. Der Erfolg von Smartphone-Verboten in Schulen hänge stark von der Umsetzung und den begleitenden pädagogischen Massnahmen ab.

Zwischen Kontrolle und der Förderung digitaler Kompetenzen im Umgang mit Smartphones und anderen digitalen Geräten an Schulen müsse sorgfältig abgewogen werden. Smartphones könnten zwar potenziell zu Ablenkungen, Suchtverhalten und Risiken wie Cybermobbing führen, böten aber auch wichtige Lernmöglichkeiten, argumentiert der LCH. Ein generelles Verbot sei nicht nachhaltig.

Die Schweizer Stiftung für Kinder und Jugendliche, Pro Juventute, spricht sich ebenfalls für bedarfsgerechte Lösungen aus; Schulen sollten ihre pädagogischen Gestaltungsmöglichkeiten behalten können. Vor allem aber plädiert Pro Juventute dafür, dass die Betroffenen selbst um ihre Meinung gefragt werden. Blieben Kin-

der und Jugendliche bei der Entscheidungsfindung aussen vor, sei die Wahrscheinlichkeit gross, dass Verbote umgangen werden: «Schülerinnen und Schüler nehmen zum Beispiel ein zweites Gerät mit in die Schule oder benutzen das Gerät heimlich.» Auch die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen seien ernst zu nehmen, betont Pro Juventute. Viele brauchten ihr Gerät auf dem Weg zur Schule oder unmittelbar vor oder nach dem Unterricht. Zum Beispiel, weil sich darauf die Fahrkarte für den öffentlichen Verkehr befindet, oder damit sie mit ihren Eltern kommunizieren können. Ein pauschales Verbot ignoriere die Lebensrealität der Kinder und Jugendlichen und erschwere ihnen die selbstbestimmte Organisation ihres Alltags. Für die Stiftung ist klar: Ein Verbot allein ersetzt keine Medienbildung. Vielmehr sei die Kompetenz der Schülerinnen und Schüler im Umgang mit digitalen Medien zu fördern.

Jugendschutz für Social Media

Diese Haltung vertritt auch der Dachverband der Schweizer Schulleitungen. Allerdings erwartet dessen Präsident, Thomas Minder, sehr wohl ein Eingreifen der Politik. Minderjährigen sei der Zugang zu Social Media zu verbieten, sagte Minder in Schweizer Medien. Schliesslich dürften Jugendliche in der Schweiz per Gesetz erst mit 18 Jahren abstimmen und ihr eigenes Geld verwalten. Es sei daher

nicht verständlich, warum dies nicht für Programme gelte, die genauso süchtig machten wie Alkohol und Tabak. Kein Instagram und kein TikTok mehr für die Kids? Das weltweit erste Gesetz dieser Art gilt seit Dezember 2025 in Australien, das den Zugang zu Social Media für unter 16-Jährige verboten hat. Der Facebook- und Instagram-Konzern Meta muss in der Folge die Konten von jungen Nutzerinnen und Nutzern deaktivieren. Auch EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat sich für eine Altersgrenze ausgesprochen, mehrere EU-Staaten prüfen einen Social-Media-Ausschluss. Die Forderung könnte auch die Schweizer Poli-

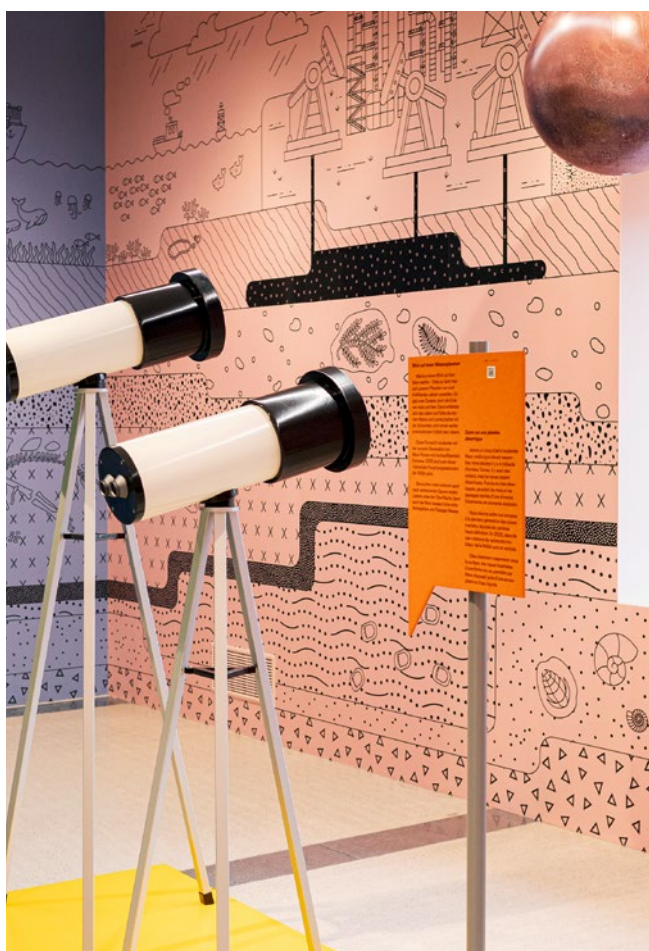


Minderjährigen sei der Zugang zu sozialen Medien zu verbieten, sagt Thomas Minder vom Dachverband der Schweizer Schulleitungen.

Foto ZVG

tik beschäftigen. Die beiden Parlamentsvorstösse wollen vom Bundesrat nämlich nicht nur wissen, wie er zu einem Handyverbot an Schulen steht, sondern auch, was er von einem Zugangsverbot für Jugendliche zu Medienplattformen hält. Bis ein Bericht vorliegt, wird wohl noch heftig weiter debattiert: In Australien haben zwei Schüler kurz vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes vor Gericht gegen das Social-Media-Verbot geklagt.

Zur Sotomo-Studie (nur in Deutsch): www.revue.link/handy
Elternbewegung «Smartphone free» (nur in Englisch): www.revue.link/phonefree



Die Erde ging durch unzählige Klimakatastrophen. Durch Fernrohre blickt man im Museum Milliarden Jahre zurück, als die Erde eine Wüste war.

Ein Video am Eingang verdichtet die Erdgeschichte auf eine Minute. Der Mensch taucht erst in den letzten Sekunden auf.



Klima-Ausstellung ohne Mahnfinger

Eine Ausstellung, die sich über die nächsten zehn, zwanzig Jahre weiterentwickeln wird? Das Naturhistorische Museum in Bern wagt genau dies – und präsentiert eine sehenswerte Ausstellung zum Klimawandel. Es gelingt ihr sogar, Hoffnung zu vermitteln.

JÜRG STEINER

Es sabbert, quakt und plätschert. Man steht inmitten einer tiefenden Sumpflandschaft, durch die eine monströse Libelle fliegt. Neben einem vermodernden Baumstrunk schiebt sich ein weisses, augenloses Wesen, das Wurm oder Raupe sein könnte, mit ausgestreckten Fühlern über den Boden. Unwillkürlich kommt der Blick zum Boden. Man will sich vergewissern, ob die eigenen Füsse nicht gleich im Morast versinken.

Diese sumpfige Tropenwald-Inszenierung ist Teil der neuen Ausstellung «Mensch, Erde! – Das Klima im Wandel» im Naturhistorischen Museum Bern. Der tropische Sumpf befindet sich in einem Holzkubus, in dem die Welt dargestellt wird, wie sie vor 300 Millionen Jahren aussah. Lange, bevor der Mensch auftauchte.

Hinweise darauf, dass der heutige Bergkanton Bern einst eine heisse Feuchtzone war, fanden Mineure vor 20 Jahren, als sie den Eisenbahn-Basistunnel durch den Löttschberg bohrten. Sie stiessen nicht nur auf Granit, sondern auch auf eine Gesteinsschicht, die verkohlte Pflanzenreste aus dieser Zeit enthielt. Was hat das mit dem Klimawandel zu tun, der uns heute beschäftigt? Die Kohlereste sind eine versteinerte Erinnerung daran, wie unendlich viel Kohlenstoff intakte Feuchtgebiete über Jahrhunderte absorbierten. Diesen gebundenen Kohlenstoff setzt die moderne Zivilisation nun mit dem Verbrennen von Kohle und Öl innert einiger Jahrzehnte frei und treibt den Klimawandel an.

Das fossile Feuer

So funktioniert die bildliche Sprache, die das Team des Naturhistorischen Museums wirkungsvoll einsetzt. Sie macht deutlich: Klimawandel und Katastrophen sind in der Erdgeschichte Konstanten. Der Mensch, der die Erde relativ gesehen erst seit Kurzem bevölkert, setzt allerdings gerade riesige Hebel in Bewegung. Er kann (oder könnte) aber, im Unterschied zu erdgeschichtlichen Meteoriteneinschlägen oder Vulkanausbrüchen, immer noch einiges tun, um die Katastrophe abzuwenden.

Dora Strahm, Kuratorin der Ausstellung, verdeutlicht den niederschweligen Zugang: «Wir wollen zurück zu den gar nicht so komplizier-

ten Fakten, die dem Thema zugrunde liegen. Aber die oft in den Hintergrund geraten sind.» Sie fasst das Grundproblem in einem lapidaren Satz zusammen: «Das fossile Feuer brennt weiter.» Nach wie vor stammen 70 Prozent des globalen CO₂-Ausstosses aus der Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas: «Der Klimawandel», so Strahm, «ist nicht Politik. Sondern Physik.»

Die Berner Ausstellungsmacher:innen greifen weit zurück in die Vergangenheit, stellen aber immer einen Link zur Gegenwart her. «Unser Anspruch ist es, dass die Ausstellung auch Menschen abholt, die absolut keine naturwissenschaftlichen Vorkenntnisse haben», sagt Kuratorin Strahm.

Die Dinos unter uns

Neue Erkenntnisse nimmt allerdings auch mit, wer Vorkenntnisse hat. Zum Beispiel aus dem Kubus, der ein Ereignis thematisiert, das 66 Millionen Jahre zurückliegt: der Einschlag eines Meteoriten mit einem Umfang von 14 Kilometern im Süden des heutigen Mexiko. Es regnete plötzlich Schwefel, die Erde wurde innert Sekunden zu einem lebensfeindlichen Ort, von dem die Dinosaurier weggefeigt wurden. Trotzdem verschwand das Leben nicht: Einige Vögel zum Beispiel, die nicht auf Bäumen, sondern am Boden lebten, überstanden die Katastrophe – laut Forschenden vermutlich, weil sie weniger auf Bäume angewiesen waren, die abstarben. Diese Vögel sind die Dinosaurier, die heute noch unter uns sind.

Unüblich an der neuen Ausstellung ist ihre geplante Dauer. Sie ist angelegt darauf, 10 bis 20 Jahre im Einsatz zu bleiben. Deshalb wird sie laufend weiterentwickelt. Zum Beispiel bei den zwölf Testimonials aus verschiedenen Berufs- und Lebenssituationen, die in der Ausstellung in kurzen Videosequenzen ihre aktuelle Wahrnehmung des Klimawandels schildern. Jedes Jahr, in dem «Mensch, Erde!» läuft, werden dieselben Personen ein neues Statement abgeben.

Der Mensch kann. Oder könnte

Sichtbar werden auch Fort- oder Rückschritte bei den Massnahmen gegen den Klimawandel.

Vor 300 Millionen Jahren war die Schweiz eine Sumpflandschaft, wo fossile Ressourcen entstanden, die wir heute verbrennen.
Fotos Danielle Liniger



An einer Wand hängt ein grosses Diagramm mit Dutzenden Säulen, die den Treibhausgas-Ausstoss und die Erderwärmung bis 2050 zeigen – bis zu dem Datum, an dem die meisten Länder ihr Netto-Null-Ziel erreicht haben wollen. Sie dürften also nicht mehr CO₂ ausstossen, als sie im gleichen Jahr – zum Beispiel in Feuchtgebieten – zu binden imstande sind.

Jedes Jahr wird in der Ausstellung die nächste Säule nachgetragen. Bald erfolgt der Eintrag fürs Jahr 2025. Was man jetzt schon weiss: Der CO₂-Ausstoss 2025 wird höher gewesen sein als es der Weg zu Netto-Null im Jahr 2050 erfordern würde. Trotzdem setzt «Mensch, Erde!» auf «Hoffnung statt Ohnmacht, auf Freude am blühenden Leben auf dem Planeten Erde statt auf Abgesang». Man vernimmt zum Beispiel, dass China trotz nach wie vor unzähliger Kohlekraftwerke seinen Treibhausgasausstoss im ersten Quartal 2025 gesenkt hat, weil das Land rasant Solarpanels installiert.

Der grosse Unterschied zwischen dem aktuellen Klimawandel und den Klimakatastrophen der Erdgeschichte, sagt Dora Strahm, sei der: «Wir können für den Erhalt unseres Lebensraums etwas tun.» Was das Naturhistorische Museum dazu beiträgt, entscheiden die Besuchenden mit. Indem sie ihre Stimme abgeben, bestimmen sie in mehreren Schritten, welche Nachhaltigkeitsprojekte die Ausstellung künftig mit einem kleinen Betrag unterstützt und ausstellt. «Jeder Beitrag ist wichtig gegen den Klimawandel», sagt Dora Strahm.

Praktisch ohne moralische Belehrung

Auch wenn in «Mensch, Erde!» eine Botschaft mitschwingt («Man muss etwas tun!») und gleichzeitig die Befürchtung sich nicht verflüchtigt, es könnte zu wenig und zu spät sein: Die Ausstellung kommt praktisch ohne moralische Belehrungen aus. Bevor man sie durch die Eingangstür betritt, rast man – quasi als Amuse-bouche – mit einer einminütigen Videosequenz durch 4,5 Milliarden Jahre Erdgeschichte. Der Mensch tritt im allerletzten Augenblick auf. Mit diesem Bewusstsein stösst man dann drinnen irgendwo auf eine Vitrine, in der die Nachbildung eines menschlichen Hirns liegt. Ganz alleine. Es ist wohl das entscheidende Werkzeug auf dem Weg, den Treibhausgas-Ausstoss auf Netto Null zu begrenzen.



Verzichtet auf die Moralkeule: Die Paläontologin Ursula Menkveld (im Bild) hat zusammen mit Kuratorin Dora Strahm «Mensch, Erde!» konzipiert.
Fotos Danielle Liniger



Das fossile Feuer brennt: Das ist und bleibt der Hauptverursacher des menschengemachten Klimawandels.

Der entscheidende Faktor im Kampf gegen die Klimaerwärmung als Ausstellungsobjekt: das menschliche Hirn.



Die «Schweizer Revue», die Zeitschrift für die Auslandschweizer:innen, erscheint im 51. Jahrgang fünfmal jährlich in Deutsch, Französisch, Englisch und Spanisch. Sie erscheint in 13 regionalen Ausgaben und einer Gesamtauflage von rund 479 000 Exemplaren (davon 311 000 elektronische Exemplare).

Alle bei einer Schweizer Vertretung angemeldeten Auslandschweizer:innen erhalten die Zeitschrift gratis. Nichtauslandschweizer:innen können sie kostenpflichtig abonnieren (Schweiz: CHF 30.–/Ausland: CHF 50.– pro Jahr).

ONLINE-AUSGABE
www.revue.ch

REDAKTION
Walter Schmid, Chefredaktor (WS)
Stéphane Herzog (SH)
Theodora Peter (TP)
Susanne Wenger (SWE)
Amandine Madziel, Vertretung EDA (AM)

AMTLICHE MITTEILUNGEN DES EDA
Die redaktionelle Verantwortung für die Rubrik «Aus dem Bundeshaus» trägt die Konsularische Direktion, Abteilung Innovation und Partnerschaften, Effingerstrasse 27, 3003 Bern, Schweiz.
kdip@eda.admin.ch | www.eda.admin.ch

ANZEIGENLEITUNG
Airpage AG, Uster/Zürich
furrer@airpage.ch | www.airpage.ch

Die Auftraggeber:innen von Inseraten und Werbebeilagen tragen die volle Verantwortung für deren Inhalte. Diese entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion oder der Herausgeberin.

REDAKTIONSASSISTENZ
Nema Bliggenstorfer (NB)

ÜBERSETZUNG
SwissGlobal Language Services AG, Baden

GESTALTUNG
Roman Häfliger, Basel

DRUCK & PRODUKTION
Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

HERAUSGEBERIN
Herausgeberin der «Schweizer Revue» ist die Auslandschweizer-Organisation. Sitz der Herausgeberin und der Redaktion: Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz.
revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10
Bankverbindung:
CH97 0079 0016 1294 4609 8 / KBBECH22

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE
15. Dezember 2025

ADRESSÄNDERUNGEN
Änderungen in der Zustellung teilen Sie bitte direkt Ihrer Botschaft oder Ihrem Konsulat mit. Die Redaktion hat keinen Zugriff auf Ihre Adressdaten.



Kinder kriegen und Haustiere halten in einem reichen Land

1,29

Ein leidenschaftlich debattiertes Thema an vielen schweizerischen Stammtischen: Wie bald wird in der Schweiz die Schwelle von 10 Millionen Menschen überschritten? Allerdings wirken die Schweizerinnen derzeit dezidiert dem Bevölkerungswachstum entgegen: Die Geburtenrate ist auf 1,29 Kinder pro Frau gesunken. Ein neuer Tiefstwert.

QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK,
ERHEBUNG ZUM JAHR 2024

7024

Sinkender Kinderwunsch, Trennung vom Haustier: Am Geld alleine kanns nicht liegen. In der Schweiz ist der Medianlohn für einen Vollzeitjob auf aktuell 7024 Franken pro Monat gestiegen. Das müsste ausreichen, um mehr als 1,29 Kinder pro Familie aufzuziehen und sogar noch zwei, drei Meerschweinchen durchzufüttern.

QUELLE: BUNDESAMT FÜR STATISTIK, 2025

9%

Oder suggeriert der steigende Medianlohn etwas Falsches? Das falsche Bild, dass es allen sehr gut geht? In einem umfassenden Bericht kommt die Bundesbehörde zum Schluss, dass 9 Prozent der Schweizer Bevölkerung arm sind. Ihr Einkommen liegt unter dem sozialen Existenzminimum. Und der Anteil der Armen sinkt seit zehn Jahren nicht, obwohl sich die Schweiz eigentlich genau dazu verpflichtet hatte.

QUELLE: BUNDESAMT FÜR
SOZIALVERSICHERUNG, 2025

32 000

Eine der Ursachen: In der Schweiz wollen immer mehr Menschen kinderlos bleiben. Fast ein Fünftel gibt an, keinen Kinderwunsch zu haben. Verantwortung tragen, wollen aber viele – und so boomt der Haustiermarkt. Die Schattenseite: Jahr für Jahr werden Hunde, Katzen, Kaninchen, Fische, Vögel zu Tausenden ausgesetzt oder in Tierheimen abgegeben. Allein der Schweizer Tierschutz STS nimmt pro Jahr 32 000 ungewollte Haustiere in Obhut.

QUELLE: SCHWEIZER TIERSCHUTZ STS



850 000 000 000

Steigt der Medianlohn und bleibt die Armutsrate gleichwohl hoch, dann geht es vielleicht den Gutgestellten nun noch besser? Tatsächlich ist 2025 das Gesamtvermögen der 300 Reichsten in der Schweiz auf 850 Milliarden Franken gestiegen. Ein neuer Höchstwert.

QUELLE: WIRTSCHAFTSMAGAZIN BILANZ, JÄHRLICHE ERHEBUNG

ZAHLENRECHERCHE: MARC LETTAU



Linke fordern Milliarden für den Klimaschutz

Die Schweiz soll mehr investieren, um ihre Klimaziele zu erreichen. Dies verlangt die Klimafonds-Initiative. Das Nein-Lager wehrt sich dagegen, «künftige Generationen mit Schulden zu belasten».

EVELINE RUTZ

Nebst den Klimatologinnen und Klimatologen schlagen vorab Parteien aus dem linken Spektrum Alarm: SP und Grüne warnen, die Schweiz erwärme sich doppelt so stark wie der globale Durchschnitt. Ohne konsequenten Klimaschutz steuere sie auf eine Erwärmung von bis zu 4,9 Grad bis Ende Jahrhundert zu. «Hitzetage, Dürren und Starkregen nehmen zu und belasten sowohl unsere Gesundheit als auch unsere Infrastruktur», sagt SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer. Um die Klimakrise – «eine der grössten Herausforderungen unserer Zeit» – wirksam zu bewältigen, fordern die linken Parteien, dass sich der Staat stärker engagiert. Sie wollen dafür einen Fonds schaffen, der jährlich mit 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gespiesen wird. Ihre Initiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt» (Klimafonds-Initiative) gelangt am 8. März 2026 an die Urnen.

«Wir werden die Schweiz klimaneutral machen», versprechen die Initiantinnen und Initianten. Mit den Bundesgeldern – 3,9 bis 7,7 Milliarden Franken pro Jahr – wollen sie unter anderem Gebäude isolieren, E-Mobilität unter-



stützen und eine Solaroffensive starten. Des Weiteren möchten sie Biodiversität fördern sowie Umschulungen finanzieren, damit «niemand durch die sozialen Maschen fällt» und genügend Fachkräfte vorhanden sind. Die Vorlage soll dazu beitragen, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf Netto-Null zu senken, wofür sich die Stimmberechtigten 2023 ausgesprochen haben.

Ereignisse wie der Gletscherabbruch und Bergsturz von Blatten bilden die Kulisse, vor der sich die politische Debatte abspielt: Der Klimawandel sei längst schon in der Schweiz angekommen, argumentieren die Initianten.

Foto Keystone

Die Schweiz soll zudem unabhängiger werden. «Der Klimafonds stärkt unsere Versorgungssicherheit, weil wir endlich von ausländischem Öl und Gas wegkommen», sagt Lisa Mazzone, Präsidentin der Grünen.

Kritiker verweisen auf finanzpolitische Risiken

Der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments sehen allerdings keinen Handlungsbedarf. Die aktuelle Klimapolitik «mit einem Mix aus gezielten Fördermassnahmen, Vorschriften und marktwirtschaftlichen Instrumenten» werde zur gewünschten CO₂-Reduktion führen, argumentieren sie. Statt breit zu subventionieren, fördere sie gezielt und setze wirksame Anreize. Weitere Gelder seien nicht notwendig. Heute geben Bund und Kantone jährlich rund 2 Milliarden Franken für Klimaschutz und Energie aus. 600 Millionen Franken fliessen in die Biodiversität.



Bröckelnde Berge als Teil der realen und zunehmenden Bedrohung durch die Klimaveränderung: Das evakuierte Dorf Brienz/Brinzauls.

Foto Keystone

Die Gegnerinnen und Gegner des Volksbegehrens raten davon ab, den Bundeshaushalt in einer bereits angespannten Finanzlage zusätzlich zu belasten. Sie kritisieren, dass für die geforderten Ausgaben die Mechanismen gegen die Staatsverschuldung nicht gelten sollen. «Das hätte zur Folge, dass man den kommenden Generationen einen Schuldenberg überlassen würde», sagt Nationalrat Andri Silberschmidt (FDP). Das sei alles andere als nachhaltig. Silberschmidt warnt vor so genannten Mitnahmeeffekten. Mit Subventionen würden oft Vorhaben unterstützt, die sowieso nahe lägen. So werde eine Ölheizung heute ohnehin meist durch eine Wärmepumpe ersetzt. Staatliche Förderbeiträge lösten selten eine grundsätzliche Verhaltensänderung aus. Nationalrat Nicolò Paganini (Mitte) sagt: «Die Initiative ersetzt Wirkung durch Symbolik, Haushaltsdisziplin durch Automatismus und demokratische Kontrolle durch Daueraufträge.»

Der Staat soll entschieden eingreifen

Der Klimawandel sei in der Schweiz angekommen, mahnen Befürwortende. Naturkatastrophen häuften sich. Dies habe sich in Gondo (VS), im Tessin, in Brienz/Brinzauls (GR) und zuletzt in Blatten (VS) gezeigt. «Es sind wir Menschen, die leiden», gibt Katharina Prelicz-Huber von den Grünen zu bedenken. Die Natur überlebe irgendwie, dem Menschen aber werde die Lebensgrundlage entzogen.

Um die Interessen künftiger Generationen zu schützen, müsse der Staat entschlossen handeln und investieren, findet SP-Nationalrätin Gabriela Suter. «Nur mit vorausschauenden Massnahmen sichern wir unseren Nachkommen eine Zukunft, in der sie genauso gut leben wie wir.»

Aktuell tue die Schweiz zu wenig, um klimaneutral zu werden und internationale Verpflichtungen zu erfüllen, pflichtet ihr Marc Jost von der EVP bei. «Wir können uns den Status quo nicht mehr leisten.» Auch wenn die Vermeidung zusätzlicher Staatsschulden wichtig sei: Die Klimaziele zu verfehlen, sei teurer. Sollte das Stimmvolk die Initiative gutheissen, müsste der neue Fördertopf spätestens ab 2029 zur Verfügung stehen.



«Wir können uns den Status quo nicht mehr leisten. Die Klimaziele zu verfehlen, ist teurer.»

Marc Jost (EVP) begründet sein Ja zur Initiative



«Die Initiative ersetzt Wirkung durch Symbolik, und demokratische Kontrolle durch Daueraufträge.»

Nicolò Paganini (Mitte) erklärt sein Nein zur Initiative

Die Abstimmungen vom 8. März 2026 im Überblick

Schweizer Franken soll in die Verfassung

Die Bargeld-Initiative fordert, dass der Bund die Versorgung mit Münzen und Banknoten dauerhaft garantiert. Bargeld ermögliche individuelle Freiheit und schütze die Privatsphäre, argumentieren die Initiantinnen und Initianten. Bundesrat und Parlament lehnen die Vorlage ab. Sie bevorzugen den moderateren Gegenvorschlag (siehe «Schweizer Revue» 5/2025).

Weniger Geld für die SRG

Die Radio- und TV-Gebühren sollen von 335 auf 200 Franken pro Haushalt gesenkt und Unternehmen ganz von der Abgabe ganz befreit werden. Dies verlangen SVP und Jungfreisinnige mit ihrer «Halbierungsinitiative». Siehe dazu den Schwerpunkt dieser Ausgabe (ab Seite 4).

Mehr in den Klimaschutz investieren

Die «Klimafonds-Initiative» verlangt, dass die Schweiz den Klimawandel engagierter bekämpft (siehe nebenstehenden Text). Sie soll dafür jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in einen Fonds legen und jährlich mehrere Milliarden Franken in die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft investieren.

Die Heiratsstrafe soll wegfallen

Natürliche Personen sollen künftig individuell Steuern zahlen: Ihr Zivilstand soll also keine Rolle mehr spielen. Der Bundesrat und eine Mehrheit des Parlaments wollen die sogenannte «Heiratsstrafe» abschaffen und stellen sich hinter das neue «Bundesgesetz über die Individualbesteuerung». Aktuell werden verheiratete Paare gemeinsam besteuert, was bei doppeltem Einkommen zu Nachteilen führen kann. Diese Praxis ist vom Bundesgericht schon 1984 als verfassungswidrig beurteilt worden. FDP, SP, Grüne und Grünliberale befürworten das Geschäft. Die Mitte, EVP, SVP und EDU sind dagegen. Sie warnen vor neuen Ungerechtigkeiten. Die Kantone befürchten hohe Steuerausfälle.



Stimmvolk zeigt zwei Initiativen die kalte Schulter

Die Schweizerinnen und Schweizer wollen nichts wissen von einer Erbschaftssteuer für Superreiche, wie sie die linke Jungpartei Juso verlangte. Schiffbruch an der Urne erlitt zudem die parteiunabhängige Initiative für einen «Service citoyen». Auch die Fünfte Schweiz sagte zweimal deutlich Nein.

THEODORA PETER

Von den beiden Volksbegehren, die am 30. November zur Abstimmung gelangten, hatte vor allem die Erbschaftssteuer im Vorfeld für hitzige Debatten gesorgt. Die linke Initiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» zielte auf Erbschaften von über 50 Millionen Franken: Die darauf erhobenen Steuern hätten Massnahmen zum Klimaschutz finanzieren sollen («Revue» 4/2025). Das Begehren der Jungsozialist:innen (Juso) scheiterte kläglich: Mehr als drei Viertel (78,3 Prozent) der Stimmenden legten ein Nein in die Urne. Kein einziger Kanton stimmte der Initiative zu. Auch die grossen Städte – linksgrünen Anliegen ansonsten wohlgesinnt – zeigten

sich ablehnend. Einzig die Stadt Bern sagte Ja. Die Auslandschweizer:innen lehnten das Begehren mit 66,6 Prozent Nein weniger deutlich ab als der nationale Durchschnitt.

Die Initianten führten die Schlappe auf die «Hetzkampagne» der Gegenseite zurück. Mit «gezielter Panikmache» hätten rechte Parteien und Wirtschaftsverbände versucht, die Diskussion über Vermögenskonzentration und Klimakrise zu blockieren, schreibt die Juso. «Wer die Privilegien der Reichsten infrage stellt, soll eingeschüchtert und delegitimiert werden.»

Das Nein-Lager hatte vor einer «sozialistischen Enteignung» gewarnt und sah den Wirtschaftsstandort in Gefahr. Reiche Unternehmer drohten gar mit dem Wegzug aus der Schweiz, sollte die Initiative angenommen werden. Gemäss Politologen brachte diese Ankündigung viele Stimmenden ins Zweifeln. Dem Initiativkomitee sei es nicht gelungen, die Vorteile – mehr Geld für den Klimaschutz – aufzuzeigen. So stand vor allem die zusätzliche Steuerbelastung im Fokus der Auseinandersetzung.

Ungleich lange Spiesse

Das Nein-Komitee liess sich den siegreichen Abstimmungskampf einiges kosten: Es investierte rund 3,7 Millionen Franken in die Nein-Kampagne – den Grossteil davon zahlte der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Das Initiativkomitee wiederum verfügte mit 400 000 Franken nur über einen Bruchteil davon.

Mit dem überaus klaren Volksverdict dürfte eine Erbschaftssteuer auf Bundesebene vorläufig vom Tisch sein. Bereits vor zehn Jahren war eine ähnliche Initiative mit 71 Prozent Nein ebenfalls klar gescheitert. Ob die Linke dereinst einen neuen Anlauf nimmt, ist offen. Die Juso will trotz der Abstimmungsniederlage ihren «Kampf für sozial gerechten Klimaschutz und gegen die wachsende Ungleichheit» fortsetzen.

Tatsächlich besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung mehr als 30 Prozent des gesamten Privatvermögens in der Schweiz. Allein die 300 Reichsten kamen letztes Jahr auf ein Gesamtvermögen von 850 Milliarden Franken – ein neuer Rekord.

Die ungleiche Verteilung der Vermögen scheint auch die Wohlhabenden zu beschäftigen. So überraschte der Milliardär Alfred Gantner die Öffentlichkeit am Tag nach dem Urnengang mit der Aussage, Superreiche sollten mehr Vermögenssteuern bezahlen. Dies hätte eine viel grössere Wirkung als eine Erbschaftssteuer, sagte der Finanzinvestor, der mit Beteiligungen reich wurde, in Zeitungsinter-

Das Anliegen, das Juso-Präsidentin Mirjam Hostetmann vertrat, blieb chancenlos: Die geforderte Erbschaftssteuer für Superreiche wurde wuchtig verworfen. Foto Keystone



views. Er selber sei bereit, mehr Steuern zu zahlen, weil er sein Vermögen «nicht einfach so verdient» habe. «Dazu brauchte es auch viel Glück.» Die fortschreitende Konzentration von Reichtum sieht Gantner kritisch: «Es kann nicht sein, dass einige wenige in diesem Land sehr viel Vermögen haben, und andere Leute nicht wissen, wie sie ihre Krankenkassenprämien und ihre Miete bezahlen sollen.»

Service-citoyen-Initiative chancenlos

Eine schmerzvolle Niederlage gab es am Abstimmungssonntag auch für die Urheberinnen und Urheber der Initiative «Für eine engagierte Schweiz». Sie wollten die Militärdienstpflicht breiter definieren und als gemeinnützigen «Service citoyen» auf alle Schweizer Bürgerinnen und Bürger ausdehnen («Revue» 5/2025). Davon wollte das Stimmvolk aber explizit nichts wissen: Es lehnte die Initiative mit 84,1 Prozent Nein ab. Auch die Stimmenden der Fünften Schweiz sprachen sich mit 76,5 Prozent Nein sehr deutlich gegen die Idee aus.

Für Noémie Roten, Co-Initiantin und treibende Kraft hinter der Initiative, zeigt das Resultat, «wie schwierig es für ein kleines Komitee aus der Zivilgesellschaft ist, gegen das gesamte politische Establishment anzutreten». Tatsächlich geriet die Idee eines allgemeinen Milizdienstes gleich von mehreren Seiten unter Beschuss: Die Linke kritisierte, dass damit neu Frauen zu einem «Zwangsdienst» verpflichtet würden. Die Rechte wiederum befürchtete, dass ein breit gefasster «Service citoyen» den klassischen Militärdienst schwächen würde.

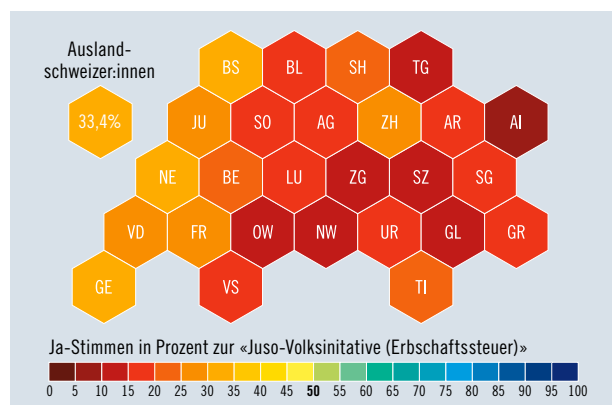


Ohnehin wollen die bürgerlichen Parteien erreichen, dass wieder mehr junge Männer Armeedienst leisten. Denn seit der Einführung des Zivildienstes im Jahr 1996 nehmen immer mehr Männer die Möglichkeit wahr, einen gemeinnützigen Einsatz für die Gesellschaft zu leisten, statt an der Waffe zu dienen. Im Herbst 2025 beschloss das Parlament deshalb, den Zivildienst unattraktiver zu machen – unter anderem durch längere Einsatzzeiten. Gegen diese Gesetzesänderungen haben der Zivildienstverband Civiva zusammen mit SP und Grüne das Referendum ergriffen. Falls dieses zustande kommt, hat erneut das Stimmvolk das letzte Wort.

Noémie Roten (Bildmitte) und ihre Mitstreiter für einen «Service citoyen» verfolgen am Abstimmungssonntag die Hochrechnungen. Am Ende hatte sie nichts zu lachen.

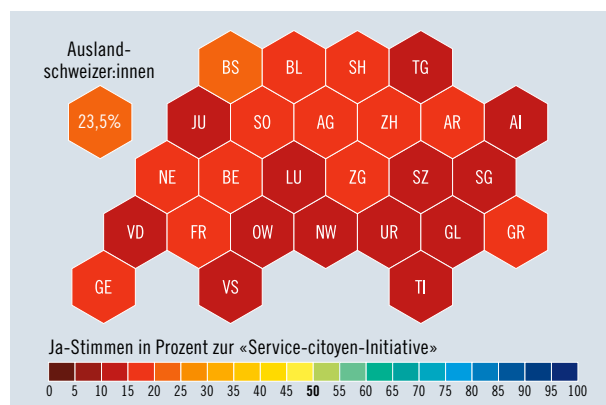
Foto Keystone

Nein zur Erbschaftssteuer für Superreiche



Die Volksinitiative «Für eine soziale Klimapolitik – steuerlich gerecht finanziert» wurde national mit 78,3 Prozent Nein wuchtig abgelehnt. Auch die Fünfte Schweiz war dagegen – mit einem Nein-Anteil von 66,6 Prozent weniger deutlich. Kein einziger Kanton nahm die Initiative an.

Nein zu einem Bürgerdienst für alle



Die Volksinitiative «Für eine engagierte Schweiz (Service-citoyen-Initiative)» wurde national gar mit 84,1 Prozent Nein abgeschmettert. Die Fünfte Schweiz verwarf die Idee mit 76,5 Prozent Nein. Alle Kantone sprachen sich gegen die Initiative aus.

«Es ging ihm nie um Literatur, sondern um das Leben, sein Leben»

Eine Hommage an den unglücklichen Menschen und grossartigen Dichter Hamo Morgenthaler (1890–1928).

CHARLES LINSMAYER



Hamo Morgenthaler
(1890–1928)

«Es tut uns leid, dass wir das Buch nicht rezensieren können, aber wir sind wirklich nicht gewohnt, aus Ihrem Verlag solch wertloses Geschwätz hervorgehen zu sehen», hiess es im Brief, mit dem das «Berliner Tagblatt» 1922 «Ich selbst. Gefühle» von Hans Morgenthaler an Orell Füssli zurückschickte. Wie jedes Mal seit dem Erstling «Ihr Berge» von 1916 hatte Morgenthaler – geboren am 4. Juni 1890 in Burgdorf, promovierter Botaniker, Zoologe und Geologe ETH, seit einem Aufenthalt in Siam von 1917 bis 1920 unheilbar tuberkulosekrank – auch diesmal die Form von «Stimmungsbildern» gewählt, um Persönliches mit Wissenschaftlich-Sachlichem zu verbinden.

Hatte der passionierte Alpinist, für den das Bergsteigen ein rauschhafter Trancezustand war, in «Ihr Berge» eine Liebeserklärung an die Bergwelt abgegeben, galten seine weiteren Bücher den Erlebnissen in Asien. «Matahari. Stimmungsbilder aus den malaysisch-siamesischen Tropen» spiegelte 1921 die Erfahrungen eines zivilisationsmüden Europäers und suchte durch die kolonialen Vorurteile hindurch zur Mentalität der eingeborenen Bevölkerung vorzustossen.

Die pessimistischere Fortsetzung «Gadscha Puti. Ein Minenabenteuer» wurde 1926 von Orell Füssli abgelehnt und konnte erst nach Morgenthalers Tod erscheinen. Ein Schicksal, das auch dem autobiografischen Roman «In der Stadt. Die Beichte des Karl von Allmen» widerfuhr, der in die tiefsten Abgründe von Morgenthalers «Dichtermisere» hineinzündete und erst Jahrzehnte nach seinem Tod zugänglich wurde. «Ich selbst. Gefühle» aber enthielt keineswegs «wertloses Geschwätz», sondern, wie Kurt Marti 1981 feststellte, die Schreie eines Menschen, dem es

«Was nützt es mir,
bewiesen zu haben,
dass ich etwas Schönes
kann, hie und da ein
schönes Sätzlein schrei-
ben; was für einen Sinn
hat das, wenn ich in
unserem sauberen
Europa dafür seelisch
und körperlich so leiden,
in mehr als einer Hin-
sicht buchstäblich
hungern muss und des
Teufels Dank gerade
dann bekomme, wenn
ich mein Bestes zu
geben versuche?»

Aus: «Woly, Sommer im Süden», Zürich, 1924

«nie um Literatur», sondern immer «um das Leben, sein Leben» gegangen war». Erstaunlich, dass zur selben Zeit ein Buch entstand, das ebenso sinnlich wie erotisch, aber auch philosophisch und zeitkritisch, ja sogar humoristisch daherkam.

«Woly», eine keusche glühende Liebesgeschichte

Der 1924 publizierte Roman «Woly. Sommer im Süden» spielt in Ascona und handelt von der unmöglichen

Liebe des grüblerischen, sensiblen Dichters Hamo zur selbstbewusst emanzipierten Dänin Woly. «Noch nie las ich die Liebesgeschichte eines Mannes, so keusch, so glühend», schrieb Emmy Ball-Hennings nach der Lektüre dem Verfasser. Letztlich handelt «Woly» von der Unmöglichkeit einer vom männlichen Part heiss ersehnten Liebe, und es mutet wie ein Wunder an, dass Morgenthaler zuletzt doch noch eine erfüllte Beziehung geschenkt wurde. Die Ärztin Marguerite Schmid erwähnte er schon 1916 in «Wir Berge» als Partnerin einer Weisshorntour.

Nun aber, 1926, als der Wahnsinn und die Depression ihn immer heftiger terrorisierten, nahm sie sich seiner an. Auf das Weisshorn führen konnte der unheilbar kranke Dichter die mütterlich um ihn besorgte Vertraute nun allerdings nicht mehr – ohnehin hatte er 1920 aus Wut über den Massentourismus seine Bergausrüstung in eine Gletscherspalte geworfen! –, aber bei ihr fand er endlich zu sich selbst, und in ihren Armen starb er am 16. März 1928 mit 38 Jahren in Bern. Sein letztes Gedicht war ein Gebet und lautet:

«Lieber Gott, / schlag mich tot. / Nimm von mir dies wüste Leben. / Dann werd' ich Dir ein Müntschi geben.»

BIBLIOGRAPHIE: Von Morgenthaler ist im Handel zurzeit einzig greifbar: «Hamo, der letzte fromme Europäer. Ein Hans-Morgenthaler-Lesebuch», herausgegeben von Roger Perret. Lenos-Verlag, Basel.

CHARLES LINSMAYER IST LITERATURWISSENSCHAFTLER UND JOURNALIST IN ZÜRICH

Die Gewinnerin ist ... Dorothee Elmiger

Die Schweizer Autorin Dorothee Elmiger hat das Triple geschafft. Für ihren Roman «Die Holländerinnen» hat sie den Deutschen, den Bayerischen und den Schweizer Buchpreis erhalten.

BEAT MAZENAUER

Drei Preise, ein einhelliges Urteil: In allen Jurybegründungen wird auf die stilistische Meisterschaft hingewiesen, mit der es Dorothee Elmiger gelingt, ihre Leserinnen und Leser in einen Leserausch zu versetzen und sie derart in ein Herz der Finsternis zu führen. Kurzum, der Roman hat einhellig begeistert. Tatsächlich gelingt Elmiger ein spe-

jektion einer existentiellen Furcht. Die Rednerin überlagert das Erlebte mit kulturellen Verweisen auf Theorie, Literatur und Film. Der Theatermacher, erwähnt sie, habe immer wieder sein Faible für Werner Herzog kundgetan, der bei Dreharbeiten im Urwald stets heroisch allen Gefahren getrotzt habe.

Jedes Erzählen ist unsicher und unscharf, weiss Dorothee Elmiger. Es bewahrt immer etwas Indirektes, das in Frage stellt, was denn tatsächlich geschehen sei, wahr und echt ist. Das mag theoretisch klingen, die Kunst in diesem Roman besteht darin, dass er solche Überlegungen zum Leben erweckt und mit ihnen die Leser und Leserinnen auf allerlei Abwege verführt. So gewöhnungsbedürftig die indirekte Rede sein mag, so agil und unaufdringlich setzt sie Elmiger ein, dass sie einen selbst nach der Lektüre nicht so leicht loslässt.

Drei Buchpreise innert kürzester Zeit sind ein Signal. Insbesondere der Gewinn des Bayerischen Buchpreises überrascht, der (anders als in der Schweiz) trotz des regionalen Charakters auch für Schweizer Autorinnen und Autoren offen steht. Unwillkürlich taucht die Frage auf, ob dergleichen auch mit Büchern aus der Romandie oder dem Tessin möglich wäre.

Eine ähnliche Offenheit gilt für die renommierten französischen Buchpreise wie den Prix Goncourt. Allerdings hat nur einmal ein Schweizer Autor, Jacques Chessex 1973 für «L'Ogre», die Auszeichnung erhalten. Ähnlich verhält es sich mit dem Prix Renaudot (Georges Borgeaud, 1974) oder dem Prix Fémina (Robert Pinget, 1965). In der Kategorie «étranger» erhielt Matthias Zschokke 2009 den Preis für «Maurice mit Huhn». Und der Prix du roman Fnac ging 2022 für «Sa préférée» an die Walliserin Sarah Jollien-Fardel.

Die Suche nach Tessiner Ehrenten in Italien wird zur Suche nach der Nadel im Heuhaufen. Keine Schweizer Nennung gibt es beim renommierten Premio Strega. Die in Mailand wohnhafte Fleur Jaeggy erhielt 2002 für «Proleterka» den Premio Viareggio. 1990 wurde ihr auch der Premio Bagutta verliehen, bei dem 2002 Giorgio Orelli ebenfalls geehrt wurde. Ein Triple wird es aber in Frankreich oder Italien allein deshalb nicht geben, weil der Schweizer Buchpreis nur auf Deutsch ausgeschrieben wird.

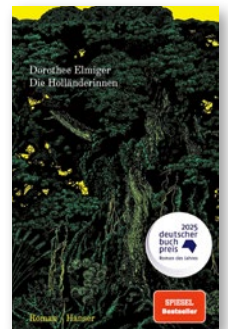
Dorothee Elmiger (1985), aufgewachsen im Kanton Zürich, lebt seit 2022 in New York.

Foto Deutscher Buchpreis, ZVG



zielles Kunststück. Sie schreibt in einer Weise, die stilistisch herausfordert und zugleich inhaltlich zu fesseln vermag. Im strikten Modus der indirekten Rede erzählt sie von einer Autorin, die in einem Vortrag von einem Theaterexperiment berichtet. «Im Januar vor drei Jahren, sagt sie, habe sie der Anruf eines Theatermachers erreicht», der sie für ein Projekt angefragt habe. Es sei darum gegangen, das Verschwinden von zwei Holländerinnen zu recherchieren und im Urwald nachzuerleben.

Formal kompakt und subtil entführt Elmiger die Leserschaft in ein verschlungenes Dickicht von Geschichten und Verweisen, die das tatsächliche Geschehen in den Schichten des Nacherzählens aufheben. Die Rednerin berichtet, wie sie sich im Urwaldcamp damals erschreckende Geschehnisse erzählt haben, um den Schrecken der sie umgebenden Finsternis und Geräuschkulisse zu bannen. Im Vortrag wird der wirkliche Urwald zur Pro-



DOROTHEE ELMIGER
«Die Holländerinnen»
Roman. Hanser Verlag,
München 2025.
160 Seiten. 30 CHF.

www.dorotheelmiger.com

Gemüsebauer Rudi Berli: ein Grenzgänger im Nationalrat

Der in Frankreich lebende Schweizer Gemüsebauer Rudi Berli rückt in den Nationalrat nach. Als Auslandschweizer ist er im Parlament eine Ausnahme. Berli verspricht, sich für die Region Grand Genève – das grenzüberschreitende Gebiet von Genf und Frankreich – einzusetzen.

STÉPHANE HERZOG

Wie viele Züge verbinden Genf und das französische Chancy-Pougny? «18 pro Tag», lautet die blitzartige Antwort von Rudi Berli. Er sitzt am Tisch in seinem ansehnlichen, ländlichen Haus in Frankreich, 15 Gehminuten von der Grenze entfernt und ergänzt: «In der Schweiz hätten wir uns dies niemals leisten können.»

Berli ist Zürcher und stammt aus Hausen am Albis (ZH). In seiner Kindheit habe die Busfahrt in die Grossstadt Zürich eine Stunde gedauert. Jetzt sei es nur noch halb so lang. Wie etliche andere Genfer Politiker auch ist Berli der Meinung, dass Genf insbesondere beim Ausbau des öffentlichen Verkehrs mehr Beachtung verdient hätte. Rudi Berli kann nun solche Botschaften direkt in Bern vorbringen. Er ist für seinen zurückgetretenen Parteikollegen Nicolas Walder in den Nationalrat nachgerückt.

Plötzlich stand die Türe offen

Berli ist Gemüsebauer. Er ist bei der Genossenschaft «Jardins de Cocagne» angestellt und verkauft seine Bioprodukte in Genf. Im vergangenen Sommer begann er ernsthaft mit einer Rolle in der Bundespolitik zu liebäugeln: Nach dem Verzicht einer Parteikollegin lag er plötzlich auf dem ersten Nationalrats-Ersatzplatz der Grünen Partei. Und mit der Wahl von Nationalrat Nicolas Walder in die Genfer Kantonsregierung am 19. Oktober war es so weit: Walder trat als Nationalrat ab – und für Berli stand damit die Tür ins eidgenössische Parlament offen.

Welche Anliegen wird Rudi Berli in Bern vertreten? Er will sich für seine Region, in der eine Million Menschen leben, stark machen. Dazu gehören Genf und die angrenzenden Gebiete im Kanton Waadt und in Frankreich. Und dazu gehört die Bedeutung der



Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Sein Dorf Pougny wirkt dabei wie ein Spiegel dieser Region: Am 14. Juli überqueren viele aus der Schweiz die Rhone, um an den Feierlichkeiten am französischen Nationalfeiertag teilzunehmen. Am 1. August hingegen machen viele aus Frankreich den kleinen Schritt rüber in die Schweiz: «Die Leute tanzen ganz einfach dort, wo es einen Anlass zum Tanzen gibt.»

Rudi Berli, wie er bis jetzt seine politischen Ansichten vertrat: Mit Megafon an bäuerlichen Protestveranstaltungen.

Foto Keystone

Rudi Berli sind zwei politische Anliegen wichtig: Er möchte die Arbeit in der Landwirtschaft und im Handwerk der Region aufwerten. Hierzu verwendet er den Begriff der Relokalisierung. Auch der Schutz landwirtschaftlicher Erzeugnisse mittels Steuern ist ihm ein Anliegen. Seine Einschätzung dazu: «Diese Vorhaben lassen sich auch im Rahmen der Europäischen Union umsetzen.»

1985 zog Berli ausbildungshalber nach Genf, erwarb Diplome in Obstbau, Gemüsebau und Landschaftsgestaltung. Er sagt, die Landwirtschaft stehe heute unter grossem Druck: «Es ist ein Berufsfeld, das vom Lohn her gesehen zwischen schlecht und sehr schlecht angesiedelt ist.» Er kenne Milchproduzenten, die bloss 10 Franken die Stunde verdienen. Der hohe Arbeitsaufwand, die Schulden und die psychische Belastung seien oft so hoch, dass Schweizer Landwirtschaftsbetriebe reihenweise aufgegeben würden, sagt Berli, der sich als Gewerkschafter von Uniterre mit der Situation befasst hatte. Für den neo-Nationalrat ist es ein Paradox: Die Gesellschaft fordert den Schutz der Umwelt, wolle aber den Preis dafür nicht bezahlen. Selbst für die «Jardins de Cocagne» ist es zuweilen keine Selbstverständlichkeit, auf die 420 Gemüse-Abos zu kommen, die es als Minimum braucht.

Rudi Berli hat sich irgendwann in die Westschweiz verliebt: «Hier isst man besser als in der Deutschschweiz, und in Genf nehmen sich die Menschen mehr Zeit.» Die Lösung für die missliche Situation der Landwirtschaft sieht er in einer intelligenten Verbindung von Mischkultur und Viehzucht: «Das Ziel sollte sein, lokal hochwertige Lebensmittel anzubieten. Dieses Modell ist angesichts der klimatischen Herausforderungen widerstandsfähiger und damit sinnvoller. Damit würde ein in sich geschlossener landwirtschaftlicher

Am 1. Dezember 2025 legte Rudi Berli, der derzeit einzige Auslandschweizer-Nationalrat, in Bern sein Gelübde ab.
Foto Keystone



Mikrokosmos geschaffen, der nicht von fossilen und chemischen Hilfsstoffen abhängig ist.» Berli macht den Bäuerinnen und Bauern keine Vorwürfe «Niemand will unbedingt Chemikalien einsetzen. Alle streben schlicht und einfach nach ausreichenden Erträgen.»

Genfer Ackerland überbauen?

Wie schätzt Berli die bauliche Entwicklung Genfs ein? Sein Parteikollege, der ehemalige Staatsrat Antonio Hodgers, hatte diese stark vorangetrieben. Unter anderem machte sich Hodgers für den Bau von 175 Meter hohen Hochhaustürmen im aufstrebenden Stadtteil Praille-Acacias-Vernets stark. Berli: «In einem Hochhaus leben? Warum nicht? Dort hat man eine schöne Aussicht.» Sollte Genf, das einen Teil seines Wohnraumbedarfs an Frankreich auslagert, seiner Meinung nach stattdessen sein eigenes Ackerland dafür opfern? Für Berli ist das ein absolutes No-Go. Doch wo genau soll in Zukunft gebaut werden?

Rudi Berli verweist auf das System der Freihandelszonen, das es Schweizer Landwirtschaftsbetrieben ermöglicht, im benachbarten Frankreich unter Schweizer Bedingungen zu produzieren. Seiner Meinung nach sollte dasselbe mit dem Wohnungsbau geschehen. Er schlägt vor, dass Pensionskassen in Grenzregionen bauen. Für ihn ist auch vorstellbar, dass die Schweiz in Infrastrukturen in Frankreich investiert, insbesondere in medizinische Einrichtungen. Dadurch würde das regionale Ungleichgewicht verringert. Genf hingegen sollte seiner Ansicht nach das Villenviertel verdichten und dafür sorgen, dass auch die reichsten Genfer Gemeinden über Sozialwohnungen verfügen.

Vom Thema Wohnen ist es nicht weit zum Thema Schule: Die Genfer Regierung beschloss, dass Kinder von Grenzgängerinnen und Grenzgängern aus Frankreich ab diesem Jahr nicht mehr in der Schweiz zur Schule

gehen dürfen. Diese Massnahme, die 2500 Kinder betreffen wird, hat über die Grenze hinweg die Spannungen angeheizt. Auch Rudi Berli ist verärgert, denn eines seiner Kinder ist von der Umstellung betroffen: «Es ist eine diskriminierende und willkürliche Entscheidung.» Aus diesem Grund beteiligt er sich auch an einer Sammelklage von Schweizer Grenzgängerinnen und Grenzgängern gegen den Kanton Genf.

Als Nationalrat wird Rudi Berli eine Entschädigung von rund 6000 Franken pro Monat erhalten und über Mittel für eine parlamentarische Assistenzstelle verfügen: «Das ist notwendig, damit ich effizient arbeiten kann.» Sein Wunsch ist es, «die Westschweizer Bevölkerung zu vereinen». Welche Sprache wird Berli verwenden, um seine Kolleginnen und Kollegen von seinen Anliegen zu überzeugen? «Ich vertrete Genf, daher werde ich Französisch sprechen.» Ihm wurde aber auch schon geraten, dieses Prinzip nicht allzu strikte zu verfolgen.

Die Schlussfrage: Versteht sich Berli selbst als Auslandschweizer? Seine Antwort: «Ich bin ein in Europa lebender Schweizer Staatsbürger.»

Die Fünfte Schweiz im Bundeshaus

Im Ausland lebende Politikerinnen und Politiker sind in Bern eine Ausnahme. In der Schweiz gab es bisher drei davon: Nationalrätin Stéphanie Baumann (SP, BE/Frankreich, 2001–2003) sowie die Nationalräte Ruedi Baumann (Grüne, BE/Frankreich, 2001–2003) und Tim Guldemann (SP, ZH/Deutschland, 2015–2018). Rudi Berli nahm an den Parlamentswahlen 2023 teil. Zwar wurde er nicht gewählt, aber er erhielt fast 12 000 Stimmen. Damit schaffte er es auf den zweiten Ersatzplatz. Er ist der vierte Auslandschweizer, der im Nationalrat Einsitz nimmt.

(SH)

Zeitmessung: Schweizer Know-how im Dienst des Sports

Die Schweiz hat die «Beherrschung der Zeit» zur Kunstform erhoben und so ihr internationales Ansehen gesteigert. Seit Mitte des 16. Jahrhunderts stellt die Schweizer Uhrenindustrie Zeitmesser her, die jedem Augenblick einen besonderen Wert verleihen. Das über Generationen weitergegebene und stetig verfeinerte Know-how macht die Schweiz zum Symbol von Zuverlässigkeit und Präzision.

APOLLINE SIX

Die 1973 gegründete gemeinnützige Offizielle Schweizer Chronometerkontrolle (COSC) spielt eine entscheidende Rolle für die Gewährleistung der Präzision von Schweizer Uhren. Die unabhängige, international anerkannte Institution unterzieht mechanische Uhren einer Reihe von gründlichen Tests. Nur Zeitmesser, deren Genauigkeit den Anforderungen der ISO-Norm 3159 entspricht, werden als Chronometer zertifiziert. Dieses Streben nach Präzision zeigt sich besonders im Bereich des Sports, wo die Professionalisierung und der Wettbewerb immer mehr zunehmen. Die Zeitmessung ist hier ein entscheidendes Element, steht sie doch für die Essenz einer Leistung, die eine sportliche Anstrengung von einem Rekord unterscheidet. Die Schweizer Diplomatie und die Schweizer Uhrenindustrie prägen diesen Bereich seit mehreren Jahrzehnten massgeblich. Das Paradebeispiel ist hier die Zeitmessung bei den Olympischen Spielen – einem Sektor, der von einem raschen technologischen Wandel geprägt ist.

Die Olympischen Winterspiele in St. Moritz

Die Olympischen Winterspiele 1928 in St. Moritz bedeuteten den Höhepunkt jahrelanger Bemühungen, den Alpentourismus und das Image der Schweiz auf internationaler Ebene zu fördern. Für die Schweizer Bundesregierung war das Ereignis von grosser diplomatischer Bedeutung: Es bot die Möglichkeit, verschiedenste Akteure zusammenzubringen und die Schweiz als attraktive, zuverlässige Partnerin zu positionieren.

1948 wurden die Olympischen Spiele erneut in der Schweiz ausgetragen. Diesmal bot sich die Gelegenheit, das Know-how der Schweizer Uhrmacher unter Beweis zu stellen. Bei diesem Anlass kam erstmals ein vollautomatischer Chronograf von Omega zum Einsatz, mit dem sich die Zeit beim Überqueren der Ziellinie exakt messen liess. Die Spiele erhöhten zudem die internationale

Sichtbarkeit der Schweiz und unterstrichen ihre Bedeutung als neutrale Gastgeberin in der Nachkriegszeit.

Sportzeitmessung unter Wettbewerbsdruck

Die 1960er-Jahre waren von wachsenden Rivalitäten geprägt. Die Vormachtstellung der Schweizer Unternehmen im Bereich der Zeitmessung bei grossen Sportwettkämpfen wurde durch die Ernennung des japanischen Herstellers Seiko zum offiziellen Zeitnehmer der Olympischen Spiele 1964 in Tokio erschüttert.

Die Schweizer Uhrenhersteller mobilisierten daraufhin ihre diplomatischen Kanäle, um ihre Führungsrolle im Bereich der Sportzeitmessung zu verteidigen. Die Schweizer Vertretungen im Ausland erhielten den Auftrag, das Know-how unseres Landes bei den Organisatoren grosser internationaler Wettkämpfe zu bewerben, etwa bei den Olympischen Spielen 1968 in Mexiko. Zur japani-

schen Konkurrenz, die insbesondere durch die Zeitmessung bei den Olympischen Winterspielen 1972 in Sapporo an Einfluss gewann, gesellte sich eine zweite Herausforderung: die wachsende Rivalität zwischen den Schweizer Unternehmen selbst. Inzwischen konkurrierten Omega und Longines um den strategisch wichtigen Sektor der Sportzeitmessung. Dies bereitete auch dem Verband der Schweizerischen Uhrenindustrie (FH) Kopfzerbrechen.

Die mit der Zeitnahme beauftragten Unternehmen, die anfangs für ihre Dienste bezahlt wurden, erkannten in den 1970er-Jahren bald das Werbepotenzial durch die Übertragung grosser Wettkämpfe in Farbe. Da die Olympischen Spiele das weltweit am meisten beachtete Sportereignis sind, boten sie ihre Dienstleistungen mitunter sogar kostenlos an.

Nach jahrelangen Spannungen beschlossen die Uhrenhersteller schliesslich, ihre Kräfte zu bündeln. Im Jahr 1972 gründeten sie SwissTiming, das 1983 Teil der Swatch



Zeitanzeige bei den Olympischen Spielen in Innsbruck 1964. Auf der offiziellen Anzeigetafel sind die Logos von Longines und Omega zu sehen. Foto Norwegisches Nationalarchiv

Group wurde. Die strategische Allianz zwischen Omega und Longines, die aus dem gemeinsamen Bestreben entstand, die Position der Schweiz zu stärken, wurde dank der Bemühungen von Sportinstitutionen, der Uhrenindustrie und diplomatischen Kreisen möglich.

Mit wenigen Ausnahmen dominierte die Schweizer Zeitmessung seit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Olympi-



Bergkulissen, Schnee und Tempo prägen die Rennen der Abfahrlerinnen und Abfahrer. Aber erst die Zeitmessung entscheidet über Sieg und Niederlage. Foto Keystone

schen Spiele und konnte sich weltweit als Massstab für Präzision etablieren. Die Tradition uhrmacherischer Spitzenleistungen besteht bis heute fort. Derzeit ist Omega offizieller Zeitnehmer der Olympischen Spiele und steht mit dem Internationalen Olympischen Komitee bis 2032 unter Vertrag. Hinter diesem symbolträchtigen Bild steuert SwissTiming die Messtechnologien. Auch bei den nächsten Olympischen Winterspielen werden diese Akteure die Zeit «auf die Millionstelsekunde genau» messen.

Winterspiele 2026 in Italien

Die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2026 finden vom 6. bis 22. Februar und vom 5. bis 15. März vorwiegend in Mai-



Das «House of Switzerland» in Cortina d'Ampezzo, Treffpunkt der Schweizer während der Olympischen Winterspiele 2026. Computergrafik, Präsenz Schweiz

land und Cortina d'Ampezzo statt. Der Anlass markiert das 90-jährige Jubiläum der Zeitmessung durch Omega bei den Olympischen Winterspielen. An diesen Spielen wird auch eine grosse Schweizer Delegation teilnehmen: Rund 190 Athletinnen und Athleten des Swiss Olympic Teams sollen die Schweiz in Italien vertreten.

Ganz im Sinne der Tradition wird das «House of Switzerland Italia 2026» an das langjährige Engagement der Schweiz bei der Begleitung von grossen Sportveranstaltungen anknüpfen. Konzipiert von «Präsenz Schweiz» wird es in Cortina d'Ampezzo und Mailand das Schweizer Know-how ins Rampenlicht stellen und soll gleichzeitig ein Treffpunkt für die Athletinnen und Athleten, Partner, Medien und das Publikum sein.

Flora Alpina, das für das «House of Switzerland Italia 2026» gewählte Thema, soll die Bedeutung von Blumen in Sport, Medizin und Kultur in den Vordergrund rücken. Die Widerstandskraft von Bergpflanzen steht sinnbildlich für die Entschlossenheit von Sportlerinnen und Sportlern. Ihre jahrhundertalte Verwendung als Heilmittel macht sie zu einem kraftvollen Symbol der Stärke.

Das Grafikdesign ist von den Besonderheiten des Schweizer Handwerks inspiriert, vor allem vom traditionellen Kreuzstichmuster aus Graubünden.

Die Inszenierung lädt zu einem immersiven Erlebnis ein, bei dem Kreativität, Emotionen und Schönheit mit der Umgebung in Wechselwirkung stehen. Laut Daniel Zambide, Architekt und Gestalter des «House of Switzerland Italia 2026» in Mailand, verkörpern Blumen weit mehr als nur Schönheit: Sie sind ein Symbol der Grosszügigkeit und Freude sowie ein wichtiges Element von Feierlichkeiten. Im «Centro Svizzero» in Mailand wird ein temporärer Alpengarten entstehen, in dem sich Athletinnen und Athleten feiern lassen können.

In einer Zeit, in der Sport die Grenzen immer weiter verschiebt und jede Leistung eine Geschichte erzählt, tragen Schweizer Präzision und Spitzenleistungen weiter dazu bei, Emotionen in unvergessliche Momente zu verwandeln.

www.houseofswitzerland.it



Eidgenössische Abstimmungen

Die Abstimmungsvorlagen werden durch den Bundesrat mindestens vier Monate vor dem Abstimmungstermin festgelegt. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 5. November 2025 beschlossen, dass am 8. März 2026 über folgende eidgenössische Vorlagen abgestimmt werden soll:

- Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» und direkter Gegenentwurf Bundesbeschluss über die schweizerische Währung und die Bargeldversorgung (BBI 2025 2885 2886)
- Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» (BBI 2025 2887)
- Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» (BBI 2025 2888)
- Bundesgesetz vom 20. Juni 2025 über die Individualbesteuerung (BBI 2025 2033)

Alle Informationen zu Abstimmungsvorlagen (Abstimmungsbüchlein, Komitees, Empfehlungen des Parlaments und des Bundesrates etc.) finden Sie unter www.admin.ch/abstimmungen oder in der App «VoteInfo» der Bundeskanzlei.



Volksinitiativen

Die folgenden eidgenössischen Volksinitiativen wurden bis Redaktionsschluss neu lanciert (Ablauf der Sammelfrist in Klammern):

- Eidgenössische Volksinitiative «Zur Förderung der Kaufkraft (Kaufkraftinitiative)» (2. Juni 2027)

Die Liste der hängigen Volksinitiativen finden Sie unter www.bk.admin.ch > Politische Rechte > Volksinitiativen > Hängige Volksinitiativen



Konsularische Dienstleistungen
überall, komfortabel auf Ihren mobilen Geräten

EDA
Guichet en ligne DFAE
Online-Schalter EDA
Sportello online DFAE
Online desk FDFA

www.eda.admin.ch Lissabon

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Die Schweiz in der Tasche

SwissInTouch.ch
Die App für die
Auslandschweizergemeinschaft

swissintouch.ch

Ausschliesslich hier erhältlich

Hinweise

Melden Sie Ihrer schweizerischen Vertretung Ihre E-Mail-Adresse(n) und Mobiltelefon-Nummer(n) und/oder deren Änderungen und registrieren Sie sich im Online-Schalter (Link auf der Homepage des EDA www.eda.admin.ch oder via www.swissabroad.ch), um die gewünschte Zustellung der «Schweizer Revue» und weiterer Publikationen zu wählen. Bei Problemen mit der Anmeldung kontaktieren Sie bitte Ihre Vertretung.

Die aktuelle Ausgabe der «Schweizer Revue» sowie die Nummern ab 2014 können Sie jederzeit über www.revue.ch lesen und/oder ausdrucken. Die «Schweizer Revue» (beziehungsweise die «Gazzetta Svizzera» in Italien) wird elektronisch (via E-Mail und via iOS- und Android-App) oder als Druckausgabe kostenlos allen Auslandsschweizerinnen und Auslandschweizern zugestellt, welche bei einer Botschaft oder einem Generalkonsulat registriert sind.

Die Lager des Jugenddienstes: viel Spass und Abenteuer – und viel knifflige Logistik

Die Auslandschweizer-Organisation bietet jedes Jahr drei bis fünf Jugendlager an. Doch was braucht es, damit ein solches Lager gelingt? Von aussen betrachtet, sind sie eine unbeschwerte Auszeit vom Alltag. Doch im Vorfeld ist eine logistische Meisterleistung gefragt.



Nach der Besteigung eine wohlverdiente Pause auf dem Gipfel des Chasseron (JU). Foto Lorenzo Commergnat

Einen geeigneten Ort finden

Bevor die Lagerfeuer entfacht werden und lange Abende unter dem Sternenhimmel beginnen können, muss das perfekte Chalet gefunden werden. Es muss gut erreichbar, günstig, ausreichend gross und so gut ausgestattet sein, um ein Fondue für 50 Personen zubereiten zu können. Eine typisch schweizerische Herausforderung ...

Ein Team zusammenstellen

Und die Betreuerinnen und Betreuer! Sie sind die wahren Heldinnen und Helden des Lagers. Gut ausgebildet, enthusiastisch und aufmerksam müssen sie sein. Und in der Lage, junge Menschen aus aller Welt mitreisen zu können. Ein solch perfektes Team gilt es erst zu bilden.

Die Anmeldungen verwalten

Vom Eingang der Anmeldungen bis zum Aufbereiten der Infos für die rund 140 teilnehmenden Jugendlichen ist Präzisionsarbeit gefragt. Alles muss übersichtlich, vollständig und verlässlich sein.

Das Programm planen

Zu einem Lager gehören Wanderungen, Spiele, Entdeckungen und viel Kultur: ein Sammelsurium an Aktivitäten also. Im Idealfall bietet der Anlass eine gründlich durchdachte Balance zwischen – sicheren – Abenteuern und Entdeckungen. Unsere Teams stellen ihre Programme selbst zusammen. Danach werden sie von einer Jugend+Sport-Fachperson auf Sicherheit und Durchführbarkeit geprüft.

Die Gegebenheiten vor Ort prüfen

Nun müssen der Ort, die Wege, die Zugverbindungen, die Risiken und mögliche Wetterbedingungen geprüft werden. Dies ist der Hauptteil unserer Arbeit und er dient einem einzigen Zweck: Das Rekognoszieren soll für einen reibungslosen und damit für einen entspannten Ablauf sorgen.

Das Material vorbereiten

Zur Lagerausrüstung gehören Zelte, Erste-Hilfe-Boxen, Spiele, ein Lager-Tagebuch – und natürlich ganz viel gute Laune. Vor der

Abreise wird das Material in den Lagerbus geladen. Und nach der Rückkehr wird alles kontrolliert, sortiert und weggeräumt. Diese Logistik nimmt mehrere Arbeitstage in Anspruch.

Und dann kann das Lager beginnen!

Dann treffen die Jugendlichen ein und zwei zauberhafte Wochen beginnen. Am Ende hört man von den Teams oft: «Wow, das war intensiv! Aber nächstes Jahr machen wir das wieder.» Was motiviert diese Menschen dazu, immer wieder mitzumachen? Es sind Kommentare wie der von Emma, die übers Sommerlager 2025 schreibt: «Eine tolle Erfahrung! Ich fand es grossartig, durch verschiedene Regionen der Schweiz zu reisen und zu entdecken, wie verschieden sie sind und was ihren Charme ausmacht! Am meisten beeindruckt an diesem Lager haben mich die wunderschöne Umgebung, aber ganz klar auch die Freundschaften, die hier entstanden sind. Danke für diesen wunderbaren Anlass!»

CLÉMENT DE VAULCHIER,
PROJEKTLERITER JUGENDLAGER DER ASO



Ein 1.-August-Menü nach allen Regeln der Kunst: Alles ist parat fürs Fondue. Foto Thomas Slatter

**Swiss
Community**

Auslandschweizer-Organisation
SwissCommunity, Jugenddienst
Alpenstrasse 26, 3006 Bern, Schweiz
+41 31 356 61 24
youth@swisscommunity.org
SwissCommunity.org



«Einen Blick über meinen Tellerrand werfen»

Die 18-jährige Auslandschweizerin Belinda Schulz ist in Süddeutschland aufgewachsen und bereitet sich zurzeit auf die Aufnahmeprüfung für ein Klavierstudium vor. Im letzten Sommer war sie einige Wochen in der Schweiz, um auf einem Bauernhof mitzuhelfen. Welches waren dabei ihre Erfahrungen?



Belinda Schulz. Foto ZVG

INTERVIEW: RUTH VON GUNTEN

AgriViva vermittelt Jugendlichen Einsätze auf Bauernhöfen in allen Sprachregionen der Schweiz. Wie haben Sie von AgriViva erfahren?

Ich las in der «Schweizer Revue» über eine Jugendliche, die über ihren Einsatz auf einem Bauernhof berichtete. Ich fand ihre Erfahrung interessant und wollte es auch ausprobieren. Etwa zweieinhalb Monate vor meinem Einsatz habe ich über die AgriViva-Webseite einen Bauernhof gesucht und mich angemeldet. Schliesslich war ich dann Ende August/Anfang September für zwei Wochen

AgriViva – Einsatz auf dem Bauernhof

AgriViva vermittelt Jugendlichen Einsatzplätze (Kurzpraktika) auf Bauernhöfen in allen Sprachregionen der Schweiz.

- du bist zwischen 14 und 24 Jahre alt
- du magst Natur, Tiere und andere Menschen
- körperliche Arbeit macht dir Spass
- du suchst neue Erfahrungen und Abwechslung

AgriViva garantiert dir einmalige, hautnahe Erlebnisse. Jetzt entdecken und gleich einen Einsatzplatz reservieren. Wir freuen uns auf dich.

www.agriviva.ch

AgriViva ist eine Partnerorganisation von [educationsuisse](http://educationsuisse.ch).

auf einem Bauernhof auf der Rotschalp bei Brienz im Berner Oberland.

Wie begann für Sie ein typischer Tag auf dem Bauernhof?

Meistens weckte mich der Hahn und dann bin ich ungefähr um halb sieben aufgestanden. Zuerst habe ich die Hühner rausgelassen und ihnen zu trinken gegeben. Danach habe ich meist das Frühstück vorbereitet und den Käse vom Vortag aus dem Salzbad genommen. Nach dem gemeinsamen Frühstück habe ich die Milch, respektive den werden Käse im grossen Kessel, gerührt. Danach ging es in den Käsekeller zum Käseputzen. Später galt es, die Schweine zu füttern.

Und was bot beispielsweise der Nachmittag?

Bauer Hänsel und die schon erwachsene Tochter Martina waren meistens auf dem Talbetrieb tätig, etwa zum Heuen. Am Nachmittag fuhr Bäuerin Monica zur nahen Haltestelle Planalp der Brienzer Rothornbahn, um dort den reifen Käse zu verkaufen. Ich war also öfters am Nachmittag allein und habe zum Beispiel bei den Hühnern die frisch gelegten Eier eingesammelt, den Abwasch erledigt oder den frischen Käse gewendet. Auch hatte ich immer etwas Freizeit. Auf der Alp wurde alles mit Holz geheizt, also habe ich manchmal Brennholz gestapelt.

Und wie sah der Abend aus?

Kurz nach sieben Uhr trafen Monica, Martina und Hänsel wieder auf der Alp ein. Ich half dann meistens entweder beim Melken oder im Käsekeller und anschliessend beim Abendessen vorbereiten. Auch legte ich den frisch gemachten Käse ins nächtliche Salzbad. Nach dem gemeinsamen Abendessen gab es fast immer noch etwas zu tun oder wir lösten Kreuzworträtsel und spielten sonst etwas. Nach dem Hühnerfüttern und im sicheren Stall einschliessen gingen alle früh zu Bett.

AgriViva möchte eine Brücke zwischen Stadt und Land und verschiedenen Kulturen bilden. Wie hat es Ihnen in der Schweiz auf dem Bauernhof gefallen?

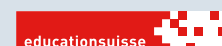
Auch wenn einiges für mich sehr ungewohnt war und nicht immer alles beim ersten Mal klappte, hat es mir sehr gut gefallen. Ich fand es sehr interessant, einen Blick über meinen Tellerrand hinaus zu werfen und Neues lernen zu dürfen. Es ist interessant zu erleben, wie auf der Alp jeden Tag frischer Käse in viel Handarbeit hergestellt wird.

Was hat Ihnen am meisten gefallen?

Dass es immer etwas zu tun gab, hat mir sehr gut gefallen. Zweimal waren wir auch in den Bergen unterwegs, einmal, um die Kälber auf eine andere Weide zu treiben und einmal einfach, um die Aussicht zu geniessen. Das fand ich sehr schön. Ausserdem habe ich dem Alpabtrieb beigewohnt. Und ich habe noch eine zweite Belinda getroffen: Eine Kuh hiess gleich wie ich. Zum Thema Namen gibt es auch Adelheid zu erwähnen: Nicht alle Hühner hatten Namen, aber wenn sie sterben, was während meiner Zeit – für mich recht unerwartet – auch geschah, heissen sie alle Adelheid.

Würden Sie Ihren Freunden einen Aufenthalt bei einer Bauernfamilie empfehlen?

Ja, selbstverständlich! Auch ich selber möchte gerne wieder in die Schweiz kommen, um auf einem Bauernhof mitzuhelfen.



Educationsuisse
Ausbildung in der Schweiz
Alpenstrasse 26
3006 Bern, Schweiz
+41 31 356 61 04
info@educationsuisse.ch
educationsuisse.ch



Movetia – Sprachassistent:innen in der Schweiz

Movetia vermittelt Sprachassistentenplätze an Gymnasien, Fachmittelschulen und Berufsschulen in der deutsch- und französischsprachigen Schweiz. Assistent:innen sammeln Erfahrungen als Hilfslehrperson, entdecken die Schweizer Kultur und verbessern ihre Sprachkenntnisse.

- Für Studierende und Absolvent:innen einer Hochschule im Ausland mit Schweizer Staatsbürgerschaft (Auslandsschweizer:innen) oder EU/EFTA/UK/US-Staatsbürgerschaft
- Dauer: neun, zehn oder zwölf Monate (abhängig von Kanton/Schule)
- Bewerbung: Individuelle Bewerbung bei Movetia, falls keine Partnerorganisation vorhanden ist.

Jetzt bewerben: Die Frist ist jedes Jahr der 31. März oder nach Vereinbarung. Alle Informationen sind abrufbar unter: www.revue.link/movetia

Movetia ist eine Partnerorganisation von [educationsuisse](http://educationsuisse.ch).



Claire Spielmann gehört zu jenen jungen Auslandsschweizerinnen, die als Sprachassistentin tolle Erfahrungen gemacht haben. Foto ZVG

movetia

Movetia – Austausch und Mobilität
Effingerstrasse 47
3008 Bern, Schweiz
info@movetia.ch
www.movetia.ch



Wenn die Berufung (wieder) zum Beruf werden soll

Kinder unterrichten ist für viele mehr Berufung als Beruf. Und doch: Es braucht dafür die nötige Qualifikation. Die Pädagogische Hochschule PHBern liefert das richtige Rüstzeug. Zum Beispiel für Quer- und Wiedereinsteigende, die aus dem Ausland in die alte Heimat zurückkehren.



Der Studiengang «Unterrichten mit ausländischem Lehrdiplom» ist in der Schweiz in dieser Form bisher einzigartig. Letzten Herbst konnten 26 Absolvierende an der PHBern den erfolgreichen Abschluss feiern. Foto ZVG

MARCEL BIERI, PHBERN

Mehrfach ausgeschrieben – und trotzdem kaum Bewerbungen: Bei der Stellenbesetzung greifen Schweizer Schulen deshalb auch auf Personen ohne Lehrdiplom zurück. Diesen steht an der PHBern ein breites Angebot offen, um sich für ihre neuen Aufgaben zu wappnen. Am Institut für Weiterbildung und Dienstleistungen (IWD) gibt es drei aufeinander aufbauende Bausteinkurse. Dabei lernen Quereinsteigende die wichtigsten Inhalte zu pädagogischem und didaktischem Handeln kennen und reflektieren ihre ersten Berufserfahrungen. Den Baustein 1 kann man auch im Rahmen eines Sommer-Camps absolvieren.

Wer schon ausgebildet ist, aber ein ausländisches Lehrdiplom besitzt, profitiert an der PHBern ebenfalls von vielfältigen Beratungen, Kursen und Weiterbildungslehrgängen. Sie stärken die Teilnehmenden im Berufsalltag, schaffen Gelegenheiten zur Vernetzung und fördern die Professionalität. Spezielle Erwähnung verdient der bislang

schweizweit einzigartige Studiengang «Unterrichten mit ausländischem Lehrdiplom». Er vermittelt grundlegendes Wissen zum Schweizer Bildungs- und Schulsystem und richtet den Fokus auf fachliche und überfachliche Kompetenzen, welche für das Unterrichten an Schweizer Volksschulen relevant sind.

Personen mit Schweizer Lehrdiplom schliesslich, die sich nach einem Unterbruch entscheiden, in ihren alten Beruf zurückzukehren, empfiehlt sich das modulare Programm Wiedereinstieg. Ziel ist es, sie individuell auf diesen Schritt an der Volksschule vorzubereiten, bei der Planung des Unterrichts zu unterstützen und über wichtige Veränderungen zu informieren.

Mehr erfahren (in deutscher Sprache):
www.revue.link/einstieg
www.revue.link/auslanddiplom
www.revue.link/wiedereinstieg
www.revue.link/phbern

ASO-Direktor Daniel Hunziker: Ein Einsatz «voller Energie für unsere weltweite Gemeinschaft»

Liebe Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer

Seit dem 1. Januar 2026 darf ich die Auslandschweizer-Organisation leiten. Mein beruflicher Weg führte über verschiedene Stationen im In- und Ausland zu dieser Aufgabe. Aufgewachsen in Aarau, verbrachte ich für mein Wirtschaftsstudium und meinen MBA insgesamt fünf Jahre in den USA, wo ich auch meine spätere Frau kennenlernte. Diese Zeit gab mir früh einen direkten Einblick in das Leben von Schweizerinnen und Schweizern im Ausland.

Nach meiner Rückkehr war ich in der Schweiz mehrere Jahre im Bank- und Finanzbereich sowie in der Beratung tätig. 2007 führte mich mein Weg dann erneut ins Ausland – nach Neukaledonien, der Heimat mei-

ner Frau. Dort arbeitete ich als Berater und Geschäftsleiter, vorwiegend in den Bereichen Finanzen, Organisation und Administration, und vertrat während vieler Jahre die Schweiz als Honorarkonsul. Diese Aufgabe



ermöglichte mir einen unmittelbaren Zugang zu den Anliegen und Herausforderungen der Fünften Schweiz.

Im Laufe meiner beruflichen Tätigkeit habe ich mehrere Unternehmen geführt und komplexe Projekte in unterschiedlichen Branchen umgesetzt. Dadurch konnte ich breite Führungserfahrung sammeln und praxisnahe Kompetenzen in der Entwicklung und Steuerung von Organisationen aufbauen.

Durch meine langjährigen Auslandserfahrungen kenne ich die Erwartungen, Herausforderungen und Realitäten der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aus nächster Nähe. Umso mehr freue ich mich darauf, dieses Wissen in die Arbeit der ASO einzubringen und mich mit voller Energie für unsere weltweite Gemeinschaft einzusetzen.

Herzlich, Daniel Hunziker

Eine Organisation im Wandel

Eine aktuelle Umfrage unter den Mitgliedern des Auslandschweizerrats (ASR) zeigt, welche Themen ihnen heute besonders wichtig sind. Eines ist klar: Die Fünfte Schweiz will gehört werden – und mitreden.

Weit oben auf der Prioritätenliste der im August 2025 neu gewählten ASR-Mitglieder stehen praktische Anliegen. Der Zugang zu Bankkonten, Versicherungen und Sozialversicherungsleistungen ist für viele im Ausland lebende Schweizerinnen und Schweizer ein Dauerbrenner. Besonders ausserhalb Europas stossen Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer oft auf Hürden, beispielsweise bei der Eröffnung eines Bankkontos.

Ebenso zentral ist der Wunsch nach einer erleichterten politischen Teilhabe an den demokratischen Institutionen der Schweiz. Viele Delegierte fordern, dass E-Voting endlich flächendeckend ermöglicht wird und die elektronische Identität (E-ID) nach dem positiven Volksentscheid im September 2025 nun rasch eingeführt wird. Zudem soll das Recht, an kantonalen Wahlen teilzunehmen,

**Einer der zentralen
Wünsche der Ratsmitglieder:
Die erleichterte politische
Teilhabe an den demo-
kratischen Institutionen
der Schweiz.**

verallgemeinert werden. Daneben rücken neue Themen in den Vordergrund: der Ausbau digitaler Kommunikationsformen, eine digitalere, in die Gesamtkommunikation eingebundene «Schweizer Revue» sowie die verstärkte Förderung junger Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer. Mehrere Delegierte erinnerten daran, dass ein wachsender Teil der Fünften Schweiz aus der

zweiten oder dritten Generation stammt – junge Menschen, die oft keine direkte Verbindung zur Schweiz mehr haben. Umso wichtiger seien Sprachprogramme, Austauschformate und moderne Online-Angebote, durch die sie ihre Verbindung zur Schweiz stärken können.

Die Delegierten wünschen sich ausserdem, stärker in die Arbeiten der Auslandschweizer-Organisation (ASO) einbezogen zu werden, etwa über thematische Arbeitsgruppen oder regelmässige Konsultationen.

Auf Basis der Umfrageergebnisse wird der ASO-Vorstand Legislaturziele für die kommenden Jahre vorschlagen. Diese werden im März 2026 von den ASR-Mitgliedern diskutiert, gegebenenfalls abgeändert und verabschiedet. Damit wird eine ihrer Forderungen bereits in die Tat umgesetzt: die verstärkte Mitgestaltung in der ASO. (LW)

1/800 000



Weit über 800 000 Auslandschweizer:innen bilden die Fünfte Schweiz. Das Bild ist ein buntes, vielfältiges, vielsprachiges Puzzle. Das heutige Puzzleteilchen legt ...

... **Úrsula Schläppi (60), Pädagogin mit Spezialisierung auf frühkindliche Bildung und Behinderung, lebt in Kolumbien, pflegt aktive Verbindungen zu beiden Kulturen und übt ihre Tätigkeit in Cartagena de Indias aus.**

Was bedeutet für dich Heimat?

Heimat ist für mich der Ort, an dem meine Familie und meine Freunde sind, wo ich geboren und aufgewachsen bin. Dieser Ort mit seinen Landschaften, Farben, seiner Geschichte, seinen Jahreszeiten, seiner Natur und seinen Bergen ist für mich sehr wichtig. In Kolumbien sind es ebenfalls die Freunde, die Natur, das Meer, die Berge, die beeindruckende Naturvielfalt des Landes und die verschiedenen Landschaften – einige davon weltweit einzigartig.

Kann man mehrere Heimaten haben?

Davon bin ich überzeugt, und ich fühle mich sehr privilegiert. Mehrere Heimaten zu haben bedeutet nicht, dass sie gleich sein müssen oder miteinander konkurrieren. Einen Ort zu lieben heisst nicht, einen anderen weniger zu lieben.

Wie und wann zeigst du im Alltag, dass du Schweizerin bist?

Das merkt man immer – am Aussehen, am Akzent und an vielen anderen Dingen. Ich werde nie aufhören, Schweizerin zu sein, weder in der

Wahrnehmung der Menschen in meiner zweiten Heimat noch in meiner Selbstwahrnehmung.

Wie wirkt es sich für dich aus, mit mehreren Ländern verbunden zu sein?

Ich bin dankbar dafür, zwei Heimaten zu haben. Manchmal werde ich gefragt, ob ich denn noch weiss, wo ich mich zu Hause fühle. Meine Antwort ist immer dieselbe: Ich habe zwei Orte, an denen ich mich zu Hause fühle. Das ist eine bereichernde Erfahrung, sie erweitert den Horizont. Ein Land mit einer anderen Kultur kennenzulernen, zwingt einen dazu nachzudenken, zu lernen und sogar die eigenen Vorstellungen und Standpunkte zu vielen Themen und Dingen zu hinterfragen. Es bedeutet, eine Sprache, eine Kultur und die Geschichte dazu neu zu lernen.

Was deutet bei dir zu Hause auf die Schweiz hin?

Quarze aus der Region des Grimselpasses (BE/VS), Bilder vom Well- und Wetterhorn sowie von den Engelhörnern (BE) und Bücher von Schweizer Autorinnen und Autoren. Und im Kühlschrank Schweizer Schokolade.

Du und die Schweiz: Wie ist da derzeit der Beziehungsstatus?

Ich habe eine enge Beziehung zur Schweiz und reise ein- bis zweimal pro Jahr hin. Es ist mir wichtig, den Kontakt zur Familie und zu meinen Freunden aufrechtzuerhalten.

Pflegst du privat Kontakte zu anderen Auslandschweizerinnen und -schweizern?

Ja, und ich habe mehr Kontakte über den Röstigraben hinweg als früher, als ich noch in der Schweiz lebte.

Schweizerin zu sein, bedeutet ...

... sehr viel Glück mit dem Ort gehabt zu haben, an dem ich geboren wurde.

Mehr unter: www.revue.link/puzzle

EIN STÜCK HEIMAT IM BRIEFKASTEN

Damit es so bleibt, brauchen wir Ihre Unterstützung.

Schweizer
Revue

Swiss
Community

Mit jeder «Schweizer Revue» kommt ein Stück Schweiz in Ihr Zuhause – egal, wo auf der Welt Sie leben. Dieses Gefühl der Nähe zur Heimat ist unbezahlbar.

Doch die «Schweizer Revue» hat ihren Preis. Wir stehen vor einer schwierigen Situation: Die Bundesbeiträge werden voraussichtlich weiter sinken. Das Parlament berät derzeit ein Sparpaket, das wahrscheinlich die «Revue» und weitere Angebote der Auslandschweizer-Organisation empfindlich treffen wird.

Jetzt zeigt sich die Stärke der Schweiz: Sie entsteht von unten nach oben – getragen von ihren Bürgerinnen und Bürgern. Dürfen wir auf Ihre Unterstützung zählen? Es würde uns sehr freuen.

FILIPPO LOMBARDI, PRÄSIDENT ASO
DANIEL HUNZIKER, DIREKTOR ASO

Spenden mit Kreditkarte

www.revue.link/creditrevue



Spenden per PayPal

www.revue.link/revue



Spenden mit Banküberweisung

IBAN: CH97 0079 0016 1294 4609 8
Bank: Berner Kantonalbank
Bundesplatz 8, CH-3011 Bern
BIC/SWIFT: KBBECH22

Zugunsten:

BEKB Bern, Konto 16.129.446.0.98
Auslandschweizer-Organisation
z/Hd. Herrn A. Kiskery
Alpenstrasse 26, CH-3006 Bern
Referenz: Support Swiss Review

So erreichen Sie die «Schweizer Revue»:
revue@swisscommunity.org
Telefon +41 31 356 61 10

Sonntags sehen wir die Schweizer Sicht der Dinge.



Jetzt SonntagsZeitung
als E-Paper im Jahresabo
für nur
CHF 79.–

E-Paper verfügbar jeden Sonntag
ab 01:00 Uhr Schweizer Zeit.



SonntagsZeit zum Hinschauen